

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 3 (1974)
Heft: 2

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef,
Thomas Rüst, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telefon 0 (01) 47 75 30

Abonnement: Jahresabonnement
Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—
Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00

Kontigent-System

Gymnasialrektoren zum NC Seite 2

Verklebung als Verkaufsargument

Obszönitäten in der Werbung Seite 3

Hochschulförderung in der Sackgasse

Situation nach der Veröffentlichung der HFG-Botschaft durch den Bundesrat Seite 5

Revolteure sind Alchemisten der Revolution

Bemerkungen zu einem neuen Buch Rahel's Seite 8

Ruhe- und Ordnungshüter im Hintergrund

Der «Soziologe» W. Rüeegg organisiert den Kampf für «intakte» Hochschulen Seite 9

Hofer-Kandare?

Ende Januar wurde die «Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung» aus der Taufe gehoben. Die Vereinigung hat u. a. zum Ziel, den «Anspruch der Zuschauer und Hörer auf Mitsprache und Mitbestimmung» zu verfechten. Eine überparteiliche «Hörer- und Seher-Vereinigung» also, deren Legitimität im Zeitalter der Forderung nach Partizipation und Demokratisierung von Entscheidungsstrukturen ausser Zweifel steht?

Die Vereinigung, die sich so dienstfertig als Mittler zwischen Publikum einerseits, SRG, Aufsichtsbehörde und Parlamentarier andererseits anbietet, ist trotz ihrer überparteilichen Etikette im Grunde ein Kampfinstrument konservativ-bürgerlicher Kreise. Dies zeigt schon die Zusammensetzung des Vorstandes: SVP-Nationalrat Walter Hofer (geistiger Vater der berichtigten «SPV-Dokumentation»), die in diffamierender Art und Weise nachzuweisen versuchte, dass das Fernsehen links unterwandert sei, Bankier Ernst Bieri (u. a. Dienschef von Heer und Haus des FAK 4), Nationalrat Edgar Oehler (CVP-Rechtsausser-Chefredaktor der «Schweizer»).

Betrachtet man die Programmpunkte der Vereinigung, so muss man sich sagen: das hat man alles schon einmal gesehen – nämlich in der «SPV-Dokumentation» und in den Begründungen zu den Postulaten «Akeret» und «Krauchthaler»:

- Kampf gegen «willkürliche Nachrichtenwahl und Vernachlässigung der für die Publikumsmehrheit wesentlichen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte des Zeitgeschehens und ihrer Hintergründe».
- Sicherstellung der Rücksichtnahme von Fernsehen und Radio auf die existenziellen Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Ordnung unseres Landes und seiner wirtschaftlichen Prospektivität. Verhinderung der missbräuchlichen Anwendung von Fernsehen und Radio für «offene oder versteckte Angriffe auf diese vom ganzen Volk geschaffenen Errungenschaften».
- Schaffung einer «positiven Haltung zu einer zeitgemässen und erfolgversprechenden Landesverteidigung» bei Fernsehen und Radio.
- Korrektur der «politisch einseitigen

Zusammensetzung einzelner Programmredaktionen.

Also: die elektronischen Medien an die Hofer-Kandare. Tilgung der (heute alles andere als im Überfluss vorhandenen) Freiheit der Programmschaffenden, sofern nach rechtsbürgerlicher Interpretation zufällig gerade die vom ganzen Volk geschaffenen Errungenschaften gefährdet sind. Die Konsequenz: «Durch die Kampagne von aussen kommt es zu einer derartigen Verunsicherung der Programmschaffenden und des Apparates, dass der Verlust an journalistischer Substanz unumgänglich wird» (Gysling).

Nicht in Abrede zu stellen ist die Tatsache, dass der «Bürger ein legitimes Anrecht auf eine objektive und ausgewogene Information hat» (Postulat Krauchthaler). Nun hat jedoch gerade eine kürzlich erschienene Analyse gezeigt, in welchem Ausmass die Repräsentanten der öffentlich-käuflich Mächtigen in der am meisten gesehenen politischen Informationssendung des Fernsehens, der Tagesschau, Gelegenheit haben, ihre partikulären Interpretationen über aktuelle politische und wirtschaftliche Ereignisse zu verbreiten. Hier wäre nun z. B. der Kampf gegen «willkürliche Nachrichtenauswahl und Vernachlässigung der für die Publikumsmehrheit wesentlichen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte des Zeitgeschehens» am Platz. Dies wird jedoch kaum im Interesse der Hofer'schen Vereinigung liegen, wird hier doch nur versucht, unter Rekurs auf das – natürlich in Hofer'sche und Krauchthaler'sche Dimensionen gepresste – «Unbehagen in weiten Kreisen der Bevölkerung», die kritische Berichterstattung von Fernsehen und Radio, die wohl latente Stellung der Exponenten der neugegründeten Vereinigung gefährdet, zu unterbinden.

Allerdings ist man in bürgerlichen Kreisen über das offene und paukenhafte Hofer'sche Vorgehen nicht überall erfreut. Der freisinnige Pressedienst, der die «wohlmeinenden und wünschenswerten Ziele» des Hofer-Vereins anerkennt, sieht lieber ein direktes Vorgehen der Konzessionsbehörde und eine Institutionalisierung der Kontrolle – eine Kontrolle, die über die Besetzung höherer Chargen in der SRG mit Kandidaten bürgerlicher Parteizugehörigkeit oder bürgerlicher Provenienz ja schon heute still und behaue unbeachtet funktioniert. Herbert Kraus

Beat Kappeler über die Rolle der Schweizer Banken in der dritten Welt

Das Geschäft mit der Unterentwicklung

Das schweizerische Bankwesen dürfte eines der internationalsten der Welt sein. Ueber ein Drittel seiner Guthaben liegt im Ausland, bei den fünf Grossbanken sogar mehr als die Hälfte. Die drei eigentlichen Grossbanken darunter, nämlich Kreditanstalt, Bankverein und Bankgesellschaft, wickeln gegen zwei Drittel dieser

Auslandsgeschäfte ab. In diesen Finanzbeziehungen zum Ausland sind gewichtige Transaktionen mit der Dritten Welt inbegriffen. Wie gross sind sie, und welche Mechanismen zwingen sie unsern Beziehungen zur armen Welt auf?

Beat Kappeler

Man darf allerdings nicht erwarten, in der Schweiz genauere Zahlen über solche Transaktionen zu finden, da Geschäftsbeziehungen weitgehend als Privatsache der beteiligten Firmen gelten. Auch der ehemalige Direktor der Nationalbank, Iklé, musste sich mit Schätzungen behelfen, konnte aber trotzdem einige Anhaltspunkte über das schweizerische Auslandvermögen angeben. Darnach soll die Schweiz im Jahre 1970 166 Milliarden Franken im Ausland angelegt haben, wogegen das Ausland 86 Milliarden in der Schweiz besass, womit sich ein Nettovermögen der Schweizer im Ausland von 80 Milliarden oder 14 400 Franken pro Kopf (USA 1500 Franken pro Kopf) ergab.

der dritten Welt anziehend wirkt, dürfte deren Anteil an diesen Finanzbeziehungen rechtlich gross sein. Dies wird im Folgenden deutlich.

Internationale Kapitalmärkte

Auf den sogenannten Eurodollarmärkten erteilen sich Grossunternehmen und Grossbanken Kredite oder Anleihen aus Dollarsummen, die in ihrem Besitz sind. Generaldirektor Lutz von der Kreditanstalt schätzt den Anteil der Schweizer Banken an den vagabundierenden Kapitalien des Eurodollarmarktes auf ein Viertel bis auf ein Drittel, also auf etwa 60 Milliarden Franken. Nach einer UNCTAD-Studie machen aber die Gelder aus Entwicklungsländern etwa 20 Prozent der Eurodollargelder aus. Die Schweizer Banken dürften also ihren Anteil am Eurodollarmarkt etwa 12 Milliarden Franken mit der dritten Welt abwickeln. Wegen der günstigen Bedingungen für Fluchtkapital dürfte ihr Anteil aber sicher höher als dieser errechnete Durchschnitt sein.

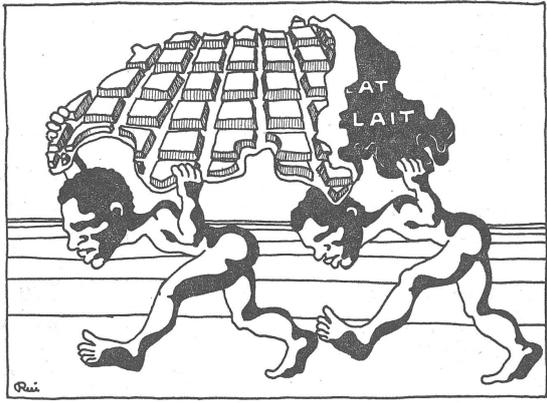
Auch am Euroobligationsmarkt, wo die langfristigen Kapitalien verschoben werden, kommen die Schweizer Banken mit Fluchtgeldern der dritten Welt in Berührung. Nach UNCTAD-Quellen sollen dort diese Fluchtgelder sogar 80 Prozent ausmachen, und da die Schweizer Banken 1971 die Hälfte oder 1,8 Milliarden Dollar der Euroobligationen abwickelten, dürften sich darunter nochmals etwa 1,4 Milliarden Dollar oder damals 6 Milliarden Franken aus der dritten Welt befunden haben. Zur besseren Abwicklung dieser Geschäfte sind Schweizer Grossbanken internationale Bankkonsortien beigetreten, die speziell auf Tätigkeiten in der dritten Welt ausgerichtet sind, so etwa die Bankgesellschaft der European-Brazilian-Bank oder der Bankverein der Libra-Bank.

Den Entwicklungsbestrebungen wurden in der Nachkriegszeit gewisse Institutionen gewidmet, worunter die internationalen Entwicklungsbanken einen wichtigen Platz einnehmen. Die Weltbank z. B. nimmt ihre Gelder aus ihrem Aktienkapital, das im Streubesitz der meisten UNO-Staaten ist, und vor allem aus Obligationen anleihen, die sie in den reichen Ländern aufnimmt. Bis Ende 1972 hat die Weltbank ungefähr 1,7 Milliarden Franken Anleihen in der Schweiz aufgenommen. Nach Abzug von Rückzahlungen wären Ende 1971 noch etwa 900 Mio. Franken zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,61 Prozent ausstehend.

Die Käufer solcher Anleihen, nämlich Kleinsparer, Pensionskassen und Grossanleger, erwerben mit diesen Obligationen einen praktisch risikofreien Wert zu einer leicht besseren Verzinsung, als die einheimischen Obligationen aufweisen.

Gewinnbringend ist die Anleihevermittlung auch für die schweizerischen Gross- und Mittelbanken, welche sich zur Ausgabe solcher Anleihen ohne

ben worden ist, dient der grössere Teil davon zum Einkauf von Ausrüstungsgegenständen in der Schweiz. Von den 1,5 Milliarden Franken, welche die Weltbank bis November 1971 in der Schweiz aufgenommen hatte, kehrten 1,3 Milliarden wieder rasch in die Schweiz zurück – für Lieferungen der Investitionsgüterindustrie. Fünf Jahre vorher entsprachen den gesamten Anleihen von damals 666 Mio. Franken sogar Käufe von 695 Mio. Franken bei der Schweizer Industrie, und die Zinszahlungen der Weltbank, und damit der Entwicklungsländer, hatten zusätzlich schon 217 Mio. Franken in die Schweiz gebracht. Dieser Rückflug beim allerersten Kredit ist ein Zufall. Denn «seit Beginn der dreissiger Jahre ist es für die schweizerischen Bankinstitute zur Selbstverständlichkeit geworden, bei ihren Verhandlungen



Ob Kakao, Kaffee oder Entwicklungskredite: Die Lasten tragen immer die gleichen.

Konkurrenz zusammengeschlossen. Sie können der Weltbank eine Uebernahmekommission verewachen, die in der Schweiz zwischen 1 und 3 Prozent der Anleihe summe liegt. Auf den 1,7 Milliarden Franken der gesamten Weltbankanleihen in der Schweiz vereinnahmte die schweizerischen Banken also immerhin zwischen 17 und 51 Mio. Franken an Kommissionen. Weitere Kommissionen erwachen ihnen beim Börsenhandel der einzelnen Obligationen, da ja nicht alle Käufer diese Papiere während der ganzen langjährigen Laufzeit behalten, sondern eben über die Börse verkaufen.

Der grösste Gewinn aus den Entwicklungsanleihen fällt aber der Schweizer Industrie zu. Nachdem nämlich der Anleiheerlös von den Schweizer Banken über die Weltbank an die Entwicklungsländer weitergegeben

gen mit ausländischen Interessenten die Anleihevermittlung mit der Erlaubnis von Aufträgen an die inländische Industrie in Beziehung zu bringen, schrieb der Bankverein in seinem Jahresbericht 1961. Im konkreten Fall der Weltbank als Schuldner scheint dies nicht anders zu sein. «Die Schuldner der Weltbank sind an sich frei, die Kredite in jedem beliebigen Land auszugeben. Ein Fachmann, der es wissen muss, hat uns jedoch darüber belehrt, dass die Verwendungszwecke der Weltbankkredite vielfach zum vornehieren feststehen, ja sogar ein entscheidendes Kriterium bei der Auflage einer neuen Anleihe sein können», schreibt Urs Ergle. Die Weltbank hat die Schweiz als einziges Nichtmitgliedsländ in den Kreis der Staaten eingeschlossen, die sich an Ausschreibungen für ihre Entwicklungsprojekte beteiligen dürfen.

Schulden schaffen Schulden ...

Eurodollarkredite, Exportkredite und Weltbankanleihen sind wesentliche Geschäftssparten der schweizerischen Banken geworden. Darüber hinaus kommen sie der schweizerischen Industrie zugute und leiten stets neue Geldströme in unser Land. Wie dies vom kreditnehmenden Entwicklungsland her aussieht, soll auch noch kurz und schematisch gezeigt werden. Wenn ein Entwicklungsland einen obengenannten Kredit über die Schweiz erhalten hat, und nachdem es damit, wie wir sahen, wahrscheinlich eine Industrieanlage in der Schweiz kaufte, muss es jährlich drei Arten von Erträgen aus der Anlage herauspressen. Erstens muss es den Jahreszins von 7 bis 9 Prozent (je nach Kreditart und Zinsslage) entrichten. Zweitens vernutzt sich die Anlage und muss daher repariert und amortisiert werden, was jährlich auch zwischen 5 und 10 Prozent erfordert. Schliesslich muss ein Fonds zur Rückzahlung der Schuld angelegt werden, was je nach Laufzeit des Kredits wiederum 7 bis 15 Prozent verlangt. Aus der kreditfinanzierten Anlage müssten also jährlich zwischen 19 und 34 Prozent der Anlagekosten abgezweigt werden können, was nicht nur den ganzen

(Fortsetzung auf Seite 2)

1974 kommt der März auch bei «konzept»

Das nächste «konzept» erscheint am 25. März.

Sichern Sie sich jetzt schon Ihre Nummer. Falls Sie nicht sicher sind, «konzept» im März an Ihrem gewohnten Ort beziehen zu können, schicken Sie uns einfach den untenstehenden Talon mit Ihrer Adresse und legen Sie Fr. 1.— in Briefmarken bei. So kommen Sie am billigsten zu Ihrem März-«konzept». (Abonnenten erhalten die März-Nummer ohne besondere Bestellung.)

✂

Talon ausfüllen und einsenden an «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Ich bestelle ... Ex. der März-Nummer von «konzept» und lege pro Ex. Fr. 1.— in Briefmarken bei.

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19, 8006 Zürich, 01/47 99 85

DER VERLAG IST EINE GENOSSENSCHAFT

Mitglieder der Genossenschaft sind die folgenden Fachvereine an der ETH-Z:

- ARCHITEKTURA Fachverein der Architekturstudenten
- AIV Akademischer Ingenieurverein
- VCS Vereinigung der Chemiestudenten
- APV Akademischer Pharmazeutenverein
- AFV Akademischer Forstverein
- VIAETH Verein der Ingenieur-Agronomen
- VMP Verein der Mathematiker und Physiker
- NV Naturwissenschaftlicher Verein

Gymnasiale Bocksprünge

Der Nc steht allenthalben vor der Tür. Kommt in der zweiten Hälfte des letzten Jahres durch die «Verschiebung» von über 100 Maturanden, die sich für das Medizinstudium in der deutschen Schweiz angemeldet hatten, an zwei noch über freie medizinisch-propädeutische Kapazitäten verfügende Universitäten der welschen Schweiz die Situation noch relativ elegant geklärt werden, so hat sich heute die Lage – nicht nur in der Medizin – allgemein verschlimmert. Dass Zulassungsbeschränkungen nicht mehr zu verhindern sind, – resp. nicht verhindert werden sollen –, darüber sind sich heute offensichtlich die einflussreichen Kreise mehrheitlich einig. Wie allerdings aus dem Kreis der Personen, die die heute gültige Zugangsvoraussetzung (Maturität) erfüllen, die für das Studium «Geigneten» ausgewählt werden sollen, ist umstritten.

interregionalen Bildungsunterschiede auf der Ebene der Mittelschule eingreifen.

Noten mit geringem prognostischem Wert

Als Selektionskriterium soll der Notendurchschnitt herangezogen werden. Während bis jetzt die eidgenössisch anerkannte Maturität – das Erreichen eines bestimmten minimalen Notendurchschnitts also – zum Studium berechtigt, soll in Zukunft nicht nur die Maturität, sondern eine Maturität mit einer bestimmten Punktsurme verlangt werden. Je nach Studienplatzangebots- und -bewerberkonjunktur kann somit unter Umständen eine durchschnittliche Matura genügen – oder eben nicht.

Bekanntlich wird heute der Prozess der schulischen Leistungsbewertung und der Abbildung dieser «Leistungen» auf Notenskalen von den Erziehungswissenschaften untersucht und kritisiert. Nicht nur wird im Prozess der Bewertung nur eine ganz bestimmte Auswahl von Fähigkeiten überhaupt berücksichtigt, sondern die Noten erhalten auch einen vom Beurteiler gelösten Eigenwert: Mit der Ziffer verbindet sich ein Schein von Sachlichkeit und Objektivität (Vergleichbarkeit), obwohl für die gleiche Leistung sehr unterschiedliche Noten vergeben werden.

Die Voraussagekraft der Information «Notendurchschnitt des Maturitätszeugnisses» für Studien- und Berufserfolg ist äusserst gering. Fachleute bezeichnen denn auch ein System, das auf der globalen Auswertung der Maturitätsdurchschnittsnoten basiert – ein

dig werden: Lohnt sich die Anstrengung überhaupt noch, wenn man während der ganzen Mittelschulzeit nicht weiss, ob man mit der schliesslich erreichten Maturität überhaupt eine sinnvolle berufsqualifizierende Ausbildung in Angriff nehmen kann?

Dazu kommt, dass Unterschichtkinder, die mit der bürgerlichen Bildungskultur in der Mittelschule etwelche Mühe haben, vielfach – wenn sie nicht vorher als Drop-out ausgeschieden werden – relativ schlechte Notendurchschnitte realisieren. Wenn nun gerade dieser Notendurchschnitt als Selektionskriterium zusätzliche Bedeutung gewinnt, so werden als Konsequenz noch weniger Kinder aus der Unterschicht den (direkten) Weg in die tertiäre Bildung finden. Die soziale Öffnung der sekundären und tertiären Bildung – sofern überhaupt schon realisiert – wird somit wieder rückgängig gemacht.

Numerus clausus: Keine vorübergehende Massnahme

Alles in allem also ein recht problematisches «Modell» zur Bewältigung der im Zusammenhang mit den Nc auftauchenden Selektionsprobleme. Aber selbst wenn diese Kritik zutrifft, ist ja alles nicht so schlimm, erwarten doch die Gymnasialrektoren, «dass die Einführung des Numerus clausus eine vorübergehende Massnahme darstellt». Dass Zulassungsbeschränkungen – wenn einmal verhängt – sofort wieder aufgehoben werden, ist wohl realistischere nicht zu erwarten. Derartige Hoffnungen, die von den verschiedensten Kreisen immer wieder in Umlauf gesetzt werden, um den Gegnern von Zulassungsbeschränkungen den Wind aus den Segeln zu nehmen, entbehren jeglicher realen Grundlage. Dass dem so ist, zeigen die Erfahrungen in der BRD überdeutlich.

Wenn schliesslich die Meinung geussert wird, dass keine verantwortungsbewusste und vor allem realistische Bildungspolitik in naher Zukunft den Verzicht auf Studienbeschränkungen möglich machen sollte, ist dem mit einer Ausnahme zuzustimmen: Bildungspolitik, denen heute gemeinhin «realistisches» Verhalten attestiert wird, fassen in ihrer grossen Mehrzahl Zulassungsbeschränkungen ins Auge – Zulassungsbeschränkungen nicht etwa als vorübergehende Massnahme, wie dies verbal vor allem vor Wahlerklärungen wird, sondern als normalen Regelmehanismus einer «verantwortlichen» Politik in einer Zeit, wo schliesslich dem «Wachstum» Grenzen zu setzen sind.

Rolf Nef



konzept Tip
In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zueinstellt werden.

Wohin führt die biochemische Forschung?

Unter dem Titel «Domestizierung oder Befreiung» ist eine 44seitige Broschüre erschienen, deren zentraler Teil den politischen und ökonomischen Hintergründen der Heilmittelproduktion gewidmet ist und in der auch Alternativen zum heutigen Zustand geschildert werden. Die Broschüre geht insbesondere auf das Beispiel «Valium Roche» ein und untersucht das Menschen- und Gesellschaftsbild, das dem heutigen «Gesundheitsmarkt» zugrunde liegt. Es fehlen auch nicht einige wissenschaftsgeschichtliche Betrachtungen sowie eine Kritik der Schweizerischen Forschungspolitik anhand einiger Zitate aus Expertenberichten, die der Wissenschaftsrat für die Erstellung seines Forschungsberichts einholte. Erhältlich gegen 2 Fr. in Briefmarken bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Schweiz–Unctad

Eine Untersuchung über das Verhalten der Schweiz an der Welthandelskonferenz in Santiago de Chile. Geht, gestützt auf die Verhandlungsprotokolle, der Frage nach, inwiefern die Arbeit der Schweizer Delegation mehr oder weniger rhetorischer Natur war. Bestellungen an: Arbeitsgruppe 3, Welt, Postfach 1007, 3001 Bern. 3.50 Fr. in Briefmarken beilegen.

Entwicklungszusammenarbeit – kritisch beleuchtet

Dokumentation zur Meinungsbildung über das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz. Vorschläge für eine bessere Konzeption. Gegen 3 Fr. in Briefmarken erhältlich bei: Arbeitsgruppe 3, Welt, Postfach 1007, 3001 Bern.

Chile – Wie informieren zwei grosse Berner Zeitungen?

In einer 16seitigen Broschüre untersucht die Arbeitsgruppe 3, Welt, Bern,

die Berichterstattung über Chile im «Bund» und im «Berner Tagblatt» und vergleicht sie mit derjenigen des «Tages-Anzeigers» (Zürich) und der «National-Zeitung» (Basel). Bestellungen mit 0.80 Fr. in Briefmarken an: Arbeitsgruppe 3, Welt, Postfach 1007, 3001 Bern.

Bezugsquelle der Tagesschau-Analyse

In unserem Artikel «Tagesschau – objektiv für wen?» in der Dezember-Nummer fehlte der Hinweis auf die Lieferstelle des darin vorgestellten Buches «Welttheater für Eidgenossen». Zahlreiche Anfragen von Lesern und sogar Buchhandlungen waren bereede Zeugen dafür.

Deshalb: Die Tagesschau-Analyse der Arbeitsgruppe Kritische Publizistik wird vom «Buch 2000» (Postfach 36, 8910 Affoltern am Albis) ausgeliefert und kann dort oder in jeder Buchhandlung bestellt werden.

(Fortsetzung von Seite 1)

damit erwirtschafteten Ertrag ins Ausland fließen lässt, sondern schlicht unmöglich ist. Das Land wird sich also neuerdings verschulden müssen. Höchstens die Inflation kommt den armen Ländern hier zugute.

... und Geld bringt Geld

Der im privatwirtschaftlichem System normale Anspruch des Kapitalgebers auf den Ertrag seines ausgeliehenen Kapitals wirkt sich in den Beziehungen zwischen den schweizerischen Banken und den wirtschaftlich schwächeren Ländern in seiner ganzen Schwere aus. Das privatwirtschaftlich «normale» kann daher nicht als Muster der Entwicklungsbeziehungen gelten. Nur nicht an Industrieaufträge gebundene Kredite, zinstiefe oder zinslose Kredite oder Schenkungen können von uns aus den Entwicklungsabgrund schliessen. Die Entwicklungsländer haben ihrerseits einige neuere Mittel in die Hand bekommen, etwa die Erhöhung der Rohstoffpreise. Einer der drei Grossbankpräsidenten, nämlich Alfred Schaefer von der Bankgesellschaft, forderte dagegen die Abschaffung der «weichen» Kredite (d. h. der zinsgünstigen Kredite) und dem Abschluss jener Entwicklungsländer von den Kapitalmärkten, die die privatwirtschaftlichen Investitionen zu tangieren versuchten (vgl. «Aussenwirtschaft», 1964).

Beat Kappeler

Kontingentsystem

Vor kurzem hat nun auch die «Konferenz schweizerischer Gymnasialrektoren» ein «Modell» entwickelt, das die «von den Hochschulen (!) geforderte Reduktion der Studentenzahlen... erreichen möchte». Für Studienrichtungen, in denen nicht beliebig viele Studenten aufgenommen werden können, teilt eine «Zentralstelle» jedem eidgenössisch anerkannten Gymnasium... ein Kontingent an Studienplätzen zu. Ein Kontingent wäre jeweils auch für die Kandidaten der freien eidgenössischen Prüfungen aufzustellen. «Die Berechnung der Kontingente basiert auf der Zahl der verfügbaren Studienplätze und auf der jeweiligen Maturitätszahl jeder Schule bzw. der freien Prüfungen; es erfolgt im Sinn gleichmässiger proportionaler Zuteilung... Nicht benötigte Plätze können der Zentralstelle zur Verfügung gestellt werden... Selektionskriterium ist der Notendurchschnitt des Maturitätsausweises oder die Punktsurme.»

Nun einige kurze Bemerkungen zu diesem «Kontingentsystem».

Fragwürdige Prämissen

Die Annahme, dass im Prinzip der Prozentsatz der Maturanden, der z. B. Medizin studieren will, an allen schweizerischen Gymnasien einermässen gleich gross ist, ist fragwürdig. Die Möglichkeit, nicht benötigte Plätze über eine «Clearingstelle» in das Kontingent einer anderen Mittelschule zu verschieben oder gegen Plätze in anderen Studienrichtungen einzutauschen, bringt wohl administrative Umtriebe, hebt jedoch die Fragwürdigkeit des Ansatzes nicht auf. Darüber hinaus werden – wenn formal auch alle Regionen gleichberechtigt sind – tendenziell die

Wer den März nicht ehrt, dem ist Lesen nichts wert.

«konzept» können Sie dieses Jahr auch im März lesen.

System, in dem also ein Punkter Unterschied von 0,1 über Studium oder Nichtstudium entscheiden kann – als grandiosen Unsinn.

Plädoyer für die Leistungsschule

«Das Los» halten die Gymnasialrektoren «für ein ungeeignetes Selektionsmittel, das den Leistungs- und Durchhaltewillen sowie die Einsatzbereitschaft der Gymnasialisten nachteilig beeinflussen dürfte». Von der Verwendung des Notendurchschnitts des Maturitätszeugnisses als Selektionsmittel hingegen «sind keine negativen Auswirkungen auf das Niveau der Maturität zu erwarten, weil die Ausscheidung auf dem Leistungsprinzip beruht».

So krass hat in der letzten Zeit wohl kaum jemand an den Ergebnissen der erziehungswissenschaftlichen Forschung der letzten Jahre, die gezeigt hat, wie fragwürdig die eindimensionale Leistungsschule ist, vorbeideklariert. Wird heute allenthalben verlangt, dass die Leistungsschule überprüft und reformiert wird (verstärkte Berücksichtigung anderer Bildungsziele usw.), so bietet sich hier nun die willkommene Gelegenheit – in Reaktion auf unsere Gründe – wieder sich – wieder die Leistungsschule unbefangen zu propagieren. Allerdings dürfte das klassische Leistungsziel Maturität in diesem Prozess selbst nur noch vermehrt fragwür-

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abonnement in dieser Nummer.

Seite 25 ff. *

oder weil grosse Reisepläne früher entstehen, als das SSR-Sommerprogramm erscheint: Hier eine Vorschau von diesen Programmseiten:

Zwischen Juli und August werden folgende Tramptouren und Trekkings durchgeführt:

- Nordthailand–Laos (3 Wochen) Fr. 2530.–
- Bangkok–Malaysia–Singapore (4 Wochen) Fr. 2580.–
- Trekking Nepal (27. 9.–20. 10.) Fr. 2820.–
- Tramptour Philippinen–Sarawak–Malaysia (4 Wochen) Fr. 3620.–
- Peru-Trekking (3 Wochen) Fr. 3980.–

* Die Seiten 1–88 erscheinen als Sommer-/Herbstprogramm Ende Februar.



SSR Schweizerischer Studentenreisedienst

Basel, Bern, Genève, Lausanne, Lyon, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «zürcher studenten», in Zusammenarbeit mit dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften.

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon (0) 11 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. (0) 11 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (0) 11 39 30 30.

Redaktionschluss: 1. März 1974

Inseratenschluss: 8. März 1974

Für Stabsaufgaben suchen wir je einen jüngeren

Betriebswirtschafter und Jurist

Sie werden sich mit Fragen der Planung und der Organisation befassen und gewinnen dabei Einblick in bestimmte Geschäftsparten. Wir erwarten die Fähigkeit zu systematischem und analytischem Denken. Gute Grundkenntnisse in Französisch und Englisch sind erwünscht.

Richten Sie Ihre Bewerbung bitte an Herrn Th. Hertig, Personaldienst Finanz, oder rufen Sie ihn an.

Zürich, 30. Januar 1974



Schweizerische Bankgesellschaft



Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich
Tel. (0) 11 29 44 11, intern 2045

Obszönität ist oft dort zu finden, wo man sie am wenigsten sucht

Verklemmung als Verkaufsargument

Dass die Werbung vorwiegend dazu da ist, den Konsum anzukurbeln und falsche Bedürfnisse zu wecken, gehört spätestens seit den Untersuchungen eines Vance Packard z. B. zum Allgemeinort. Ein System, das zu seiner Erhaltung auf ständiges Wachstum angewiesen ist, muss den Verbrauch und den Verschleiss von Konsumgütern ständig in die Höhe treiben, damit der eigentlich schon bei der Produktion erarbeitete Profit auch tatsächlich realisiert werden kann. Es wagt weniger ins Auge sticht das Ausmass, in dem in der Werbung psychische oder soziale Spannungen als «Antriebskraft» ausgenutzt werden oder die Art, wie auch ideologische Inhalte mit der Werbung weiter vermittelt werden. «konzept» greift hier ein besonders illustratives Bei-

spiel zur Untermauerung dieser drei Behauptungen auf: Es handelt sich um eine für 1974 geplante Werbekampagne für Goldschmuck, wie sie in der Dezember-Nummer 1973 der im Konradin-Verlag in Stuttgart erscheinenden Fachzeitschrift «Gold und Silber, Uhren und Schmuck» den Fachleuten vorgestellt wurde. Wenn wir das Beispiel gewährt haben, so weil die Sprache, in der man sich in den einschlägigen Kreisen an die Nutznießer der Werbung - d. h. an die Geschäftsinhaber - richtet, die Dinge genauer beim Namen nennt, als dies in den für den Konsumenten bestimmten «Botschaften» der Fall zu sein pflegt. Das Beispiel macht deshalb umständliche Kommentare überflüssig: Es spricht für sich.

● Es wird einerseits von den in unserer Gesellschaft gestörten menschlichen Beziehungen ausgegangen. Das Produkt, für das geworben wird - hier Goldschmuck -, wird als Ausweg aus dieser Situation präsentiert. Ins gleiche Kapitel gehört die geschickte Ausnutzung der sexuellen Verklemmung beim Zielpublikum, indem man die Werbebotschaft mit einem Hauch von Erotik umhüllt.

● Man wendet sich an das Prestigebedürfnis der Angesprochenen, das heisst, man nützt soziale Schichtunterschiede aus, indem man Gold als Statussymbol propagiert oder suggeriert, wer Gold besitzt, gehöre zur Oberschicht.

In Konkretem sieht das dann so aus:



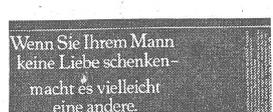
Legende zum Bild: «Wie kann man es besser demonstrieren, wo eine Frau überall Goldschmuck tragen sollte?» Alles hier spricht die Sprache verdrängter oder verklemmter Sexualität: das Bildmotiv, die Aussage. Wenn eine Frau schon sonst keine Liebe mehr empfindet, weil ihr Mann den ganzen Tag dem Stress ausgesetzt ist und damit kontakunfähig wird, dann soll sie als Ersatz mindestens mit Gold behängt werden. Das Leitmotiv der ganzen Werbeserie stellt eine Obszönität für sich dar: «Gold ist Liebe». Oder: in unserem System sind eben auch menschliche Beziehungen infolge ihrer Verdinglichung käuflich. Rechts auf dem Mittelstreifen ein aufschlussreicher Text in Kleinschrift: «Goldschmuck mit dem Stempel der Echtheit, in tausend Formen und Ideen, ist viel mehr als nur ein Kleinod: ein Stück Liebe. Denn Gold ist Liebe. Bei Ihrer Juwelier oder in Fachgeschäften berät man Sie gern: Sie werden sogar beschenkt, mit einem Büchlein. Es heisst: 'Gold ist Liebe'. Es zeigt Ihnen eine Welt von Geschenken, eine Welt in Liebe, denn Gold ist Liebe.»

Aber es lässt sich noch weit mehr ausnutzen als nur die übliche Beziehungslosigkeit einer Routinee: die daraus folgende Konkurrenz zwischen

zwei Partnern, das krankhafte Bedürfnis, den andern an sich zu binden - wofür Ehering mit ihrer Bedeutung als Kettenglieder ein Symbol sind -, was auch wieder mit materiellen Mitteln geschehen soll: «Wenn Sie Ihrem Mann keine Liebe schenken, macht es vielleicht eine andere.»

Dazu der lapidare Text: «Geschenke aus Gold vertiefen die Treue. Mit dieser psychologisch starken Schlagzeile werden auch Frauen aufgefordert, ihren Männern Goldschmuck zu schenken.»

Doch damit nicht genug. Schliesslich leiden auch die Kinder unter der Entfremdung der elterlichen Beziehungen. Also sollen auch sie mit Gold geködert werden. Da heisst es dann etwa: «Seltener vergisst eine Frau den Mann, der ihr die erste Liebe schenkt. Goldschmuck macht den Schenker unvergesslich. Die kleine Tochter wird nie vergessen, dass es ihr Vater war, der ihr den ersten Goldschmuck schenkte.»



Unter dem verheissungsvollen Titel «Kampagne für die Liebe - Gold ist Liebe» wird die geplante zwölfteilige Inseratenkampagne von der luxuriösen Fachzeitschrift den Juwelieren im Detail präsentiert. Und gleich einleitend wird dargelegt, worum es geht: (Alle Auszeichnungen stammen von der Redaktion.) «Nicht kleckern, sondern kloetzen - heisst das Gebot der Stunde.» Dazu gibt es im Augenblick auf dem deutschen Schmuckmarkt keine vernünftige Alternative. Nur die gemeinsame grosse Aktion wird dem Markt und damit dem Absatz die neuen Impulse geben, auf die unsere Branche so dringend wartet. Die International Gold Corporation hat sich zum Motor einer dynamischen Gemeinschaft gemacht und stellt noch in diesem Herbst ca. 2 Millionen Mark für Werbung und Verkaufsförderung zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit der Schmuckindustrie wird im Rahmen des Schmuck-Informations-Centrus eine starke PR-Aktion folgen. Die durch die Schmuckindustrie, Grosshandel und Fachverbände unterstützte Kampagne für Goldschmuck hat also eine solide Basis.

Auf diesem soliden Fundament kann und muss der Fachhandel aufbauen. Denn Juweliere und Fachgeschäfte - und nur sie - stehen im Mittelpunkt einer Werbekampagne. In den nächsten Jahren werden in sie über 10 Millionen Mark investiert werden können, wenn der Fachhandel mitzieht, wenn er aktiv wird und sich nicht wieder auf «die anderen» verlässt.

Zwangsläufig stärkere Nachfrage

Erster Schwerpunkt der diesjährigen Aktion ist die bundesweite Publikums-Werbung mit zwölf vierfarbigen Anzeigen in führenden illustrierten und Magazinen. Jedes Motiv dieser Anzeigenriehe ist auf ein bestimmtes Produkt und einen bestimmten Geschenkanlass ausgerichtet. Das Bildmotiv unterstützt eine starke textliche Aussage. Dadurch wird es zwangsläufig zu einer verstärkten Nachfrage bei den Juwelieren und Fachgeschäften kommen.

Parallel dazu setzt die umfangreiche Verkaufsförderung für den Handel ein, über deren Details wir Sie mit dieser Broschüre unterrichten wollen. Einleitend steht im Mittelpunkt dieser Kampagne das Fachgeschäft - also Sie. Es liegt nun bei Ihnen, durch gezielten Einsatz der angebotenen Werbemittel die grössere Nachfrage in zusätzlichen Umsatz und Gewinn umzumünzen.

Für Sie heisst das, sich sofort informieren, dann zu disponieren und voll einzusetzen in diese Kampagne, damit aus dem Kleckern einzelner das Kloetzen einer starken Gemeinschaft wird.»

Recht expressiv drückt man sich unter Fachleuten aus, wenn's um die Umsetterhöhung geht: «Nicht kleckern, sondern kloetzen.» Um dem Absatz neue Impulse zu geben, «auf die unsere Branche so dringend wartet», ist man sogar bereit, in den nächsten Jahren über 10 Millionen DM für Werbung auszugeben - 10 Millionen, mit denen man in Afrika ein Schulhaus, bauen oder den südafrikanischen Schwarzen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen in den Goldminen arbeiten, mindestens ein dezentes Einkommen gewähren könnte. Bemerkenswert ist vor allem die Vorhersage einer zwangsläufig verstärkten Nachfrage infolge der Inseratenkampagne.

Die schwachen Punkte finden

Zwangsläufig verstärkt dürfte sie allerdings sein, wenn man beachtet, mit welchen Mitteln hier der Konsument angegangen wird. «Das Bildmotiv unterstützt eine starke textliche Aussage.» Die Kunst des Verführers ist es, diese Aussage so geschickt zu wählen, dass sie beim Leser und notfalls beim Konsumenten auch tatsächlich «stark» wirkt. Dafür eignen sich besonders diejenigen Aussagen, die fest verwurzelte Komplexe, Unzufriedenheiten, Ängste und Spannungen ansprechen. Sie lassen sich in der vorliegenden Serie auf zwei Grundtypen zurückführen:

zwei Partnern, das krankhafte Bedürfnis, den andern an sich zu binden - wofür Ehering mit ihrer Bedeutung als Kettenglieder ein Symbol sind -, was auch wieder mit materiellen Mitteln geschehen soll: «Wenn Sie Ihrem Mann keine Liebe schenken, macht es vielleicht eine andere.»

Dazu der lapidare Text: «Geschenke aus Gold vertiefen die Treue. Mit dieser psychologisch starken Schlagzeile werden auch Frauen aufgefordert, ihren Männern Goldschmuck zu schenken.»

Doch damit nicht genug. Schliesslich leiden auch die Kinder unter der Entfremdung der elterlichen Beziehungen. Also sollen auch sie mit Gold geködert werden. Da heisst es dann etwa: «Seltener vergisst eine Frau den Mann, der ihr die erste Liebe schenkt. Goldschmuck macht den Schenker unvergesslich. Die kleine Tochter wird nie vergessen, dass es ihr Vater war, der ihr den ersten Goldschmuck schenkte.»

Hast du was, bist du was ...

Dem Geltungsdrang wird in der Werbung für Goldschmuck selbstverständlich eine vorrangige Bedeutung beigemessen. Der Verknüpfungspunkt der beiden Hauptthemen - Beziehungslosigkeit und Geltungsdrang - dürfte etwa dort liegen, wo unter den herrschenden Bedingungen jemand, der kein Prestige hat, sich ja auch beim Partner nicht «durchsetzen» kann. Also frisch drauf los: Gold muss zum Manager gehören wie der Herzzinfarkt.



«Wir bringen Gold in die schlachten Chef-Saiten der Konzerne. Diese Anzeige für Manager-Zeitschriften zeigt Gold als psychologisch unerlässliches Statussymbol des Managers.»

Nachgedoppelt wird auf einem anderen Bild mit der Schlagzeile: «Wer Stress hat, soll auch Liebe haben.»

Kommentar der Fachzeitschrift: «Und wieder wird der gutverdienende Manager angesprochen. Je stärker es dem Gold gelingt, von den Meinungsbildnern getragen zu werden, desto stärker wird auch die Masse der Konsumenten zum Gold greifen.» Oder: Das Gefälle zwischen dem armen und dem reichen Mann ruhig ausnutzen. Dem Armen wird schon noch genug vorgegaukelt, wenn er auch Gold trage, gehöre er schon zu den «Besseren».

Das Prestigebedürfnis der angesprochenen gesellschaftlichen Oberschicht zeigt aber noch weitere Aspekte, die man auszunutzen weiss: Da wäre einmal das Bedürfnis nach Besitz. Also wirbt man so: «In unserer Zeit der Ueberfülle bleibt nur noch eins, von dem man nicht genug haben kann: Liebe. Gold. Denn Gold ist Liebe.» Indirekt wird hier eingetrichtert, um sich vom Durchschnittskonsumenten abzuheben, müsse man eben Besitzer möglichst grosser Mengen eines exklusiven Konsumgutes werden. Gold. Dazu kommt, dass wer repräsentieren will, Echtes und Wertvolles zu seinem Besitz zählen können muss. Deshalb die Slogans: «Nur das Echte zählt. Wir sagen es klar und deutlich: Kaufen Sie echtes Gold. Alles, was nicht echt ist -

und nur so aussieht wie echtes Gold - ist Talm.» Oder: «Gold ist das Edlere. Das Wertvollere. Das Echtere. Echter Schmuck sollte eigentlich aus Gold sein. Denn Gold ist Liebe.» Oder noch: «Gold überlebt die Zeit. Und jede Mode. Darum sollte man Goldschmuck kaufen - und die Mode Mode sein lassen.» (Dazu das Bild einer nackten Frau.) Anders könnte man auch sagen: Die Mode mit ihren zahlreichen verkaufsfördernden Wechsellern ist gerade gut genug, um denjenigen das Geld abzuknöpfen, die auf Goldschmuck verzichten müssen. Aber was ein echter Grossverdiener ist, will sein Geld auch sicher anlegen. So wird hervorgehoben: «Ein noch so teures Parfum erfreut nur Momente. Echter Goldschmuck aber bleibt ewig. Behält seinen Wert. Und schenkt täglich neue Freude.»

Mythos des allgemeinen Wohlstands

Doch ein Letztes darf nicht vergessen werden. Auch wenn Goldschmuck das Privileg einer Minderheit bleibt, gilt es doch, möglichst breite Schichten zu schröpfen und den Eindruck zu erwecken, wenn schon der Reichtum bei



uns nicht gleich verteilt sei, seien es mindestens seine Früchte. Eine Sekretärin hinter einer Schreibmaschine wirbt für den «Volksschmuck» mit der Legende: «Goldschmuck ist nicht billig, doch erschwinglich für jeden. Mit dieser Anzeige werden alle Schichten angesprochen, denn Goldschmuck ist heute für alle erreichbar geworden.» Im gleichen

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Umverstrassstrasse 19
8006 Zürich 01 47 37 20

DER VERLAG VERTREIBT ca. 80 PUBLIKATIONEN

Die Vertriebsstellen für Studenten und Hochschulangehörige:
SAB, Clausiusstrasse 3, 8006 Zürich
Tel. (01) 47 37 20
PUBILA, ETH-Hauptgebäude E 26.1,
Tel. (01) 32 62 11 / 32 41

Vertriebsstellen für Nichthochschulangehörige: jede Buchhandlung.

Stil noch: «Weihnachten ohne Goldschmuck? Hier wird Goldschmuck in so einladender Form als ideales Geschenk dargeboten, dass sich kaum ein Leser dieser Anregung verschliessen kann.» Tatsächlich: Goldschmuck ist heute auch für einen Familienvater mit einem Einkommen von 1500 Franken pro Monat nicht mehr unerschwinglich - zumindest im Wunschdenken der deutschen Juweliere, die natürlich gerne noch den Aermosten ihr Geld abnehmen würden.

Soweit unser Beispiel. Es ist nur in gewissem Sinne ein Extremfall. Nur insofern nämlich, dass in anderen ähnlichen Elaboraten die hier aufgezeigten Hintergründe weniger klar zutage treten. Man ist bei der Lektüre der angeführten Beispiele immer geneigt, an den Werbespruch der Hoffmann-La Roche für das Medikament Librium zu denken: «Librium - nicht Scheinlösung von Problemen, sondern Lösung von Scheinproblemen.» Auch hier ein Geschäft mit der psychischen Verleumdung.

Ein Fazit drängt sich auf: Auch auf den Werbeseiten unserer Zeitungen, in Fernsehspots oder Kinoreklamen entlarvt sich unser System. Damit die Zusammenhänge von der Mehrheit begriffen werden könnten, bedürfte es allerdings einer soliden Medienerziehung in unseren Schulen, die auch vor der Werbung nicht haltmachen würde.

Barbara Stein

Im Vorfeld einer entwicklungspolitischen Volksabstimmung

Sensibilisierungstaktik entscheidend

Die Differenzbereinigung zwischen den eigenössischen Räten zum Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (EZG) ist nicht, wie erwartet, in der Dezembersession des vergangenen Jahres erfolgt, sondern auf die ausserordentliche Session Ende Januar oder die Frühjahrssession im März 1974 verschoben worden. Sofern die Republikaner und die Nationale Aktion gegen dieses Gesetz das Referendum ergreifen werden - und dies wird allgemein erwartet -, wird die eigenössische Volksabstimmung zum EZG höchstwahrscheinlich am 22. September 1974 über die entwicklungspolitische Bühne gehen.

Der Ja/Nein-Reduktionismus schweizerischer Volksabstimmungen lässt kaum eine differenzierende Stellungnahme des Souveräns zu. Ja, aber... Nein, aber... Leerentlegen oder Stimmenthaltung sind im Rahmen öffentlicher Stimmabgaben nicht vorgesehen. Aus dem doppelten Dilemma, der Zwiespältigkeit des vorgelegten Gesetzes und dem für Differenzierungen ungeeigneten Abstimmungsmodus, ergibt sich für die an vermehrter und verbesserter Entwicklungszusammenarbeit interessierten Bevölkerungskreise als Hauptziel für die Abstimmungskampagne eine vermehrte Sensibilisierung der schweizerischen Öffentlichkeit über die Entwicklungsprobleme. Diesem Ziel muss die Parole bis zu

(Fortsetzung Seite 9)

Zürichs grösste Auswahl

Levi's

Toll! Technis i jeder Form poschtet me bim Willy Korn

Jean-Shop beim Poly
Sonnegstrasse 21 8006 Zürich

Gratisanpassung Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz

**Uns macht die Zukunft Spass
– denn wir nehmen sie ernst**



Elektro-Watt Ingenieurunternehmung AG
Postfach 8022 Zürich Tel. 01 36 33 66

Unabhängige Gesellschaft beratender Ingenieure
mit Sitz in Zürich.

Zählt derzeit rund 800 Mitarbeiter, verteilt in der Schweiz
und zahlreichen Ländern Europas, Afrikas, Amerikas
und Asiens.

Erbringt globale Ingenieurleistungen in praktisch allen
technischen Sektoren.

Dokumentations- und Fotodienst werden laufend
ausgebaut – zu Ihren Diensten.

Ich suche einen

Assistenten

oder eine

Assistentin

In meiner Tätigkeit als Software Koordinator für pro-
grammierbare Tischrechner eines Weltkonzerns.

Geboten wird:

- Selbständigkeit in der Arbeit
- Ausbildung
- Gelegentliche Reisetätigkeit im Ausland
- Gutes Salär
- Aufstiegsmöglichkeiten
- Unkonventionelles Arbeitsklima

Verlangt wird:

- Mindestens 2 Semester Phil II oder ähnliche Aus-
bildung
- Grundkenntnisse der englischen Sprache
- Initiative

Alles nähere erfahren Sie, wenn Sie mich so bald als
möglich anrufen, Tel. (01) 48 35 44, intern 29.

Journalistenteam sucht

Mittelschüler, Lehrling oder Studenten

für Archivarbeiten an zwei Nachmittagen pro
Woche.

Telephon 600 888

Kritisches Lexikon Homosexualität

Brosch. 196 S. Fr. 15.— (+ Versand Fr. 1.—)
Informiert, deckt Zusammenhänge auf und versucht
Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren.

«him», das Magazin mit dem Mann

Monatliche Zeitschrift mit Informationen für und über
Homosexuelle. Einzelnummer Fr. 9.50 (Versand Fr. 1.—)

«hey», Gay-Magazin

Monatlich. Organ der S.O.H. Einzelnummer Fr. 6.—
(Versand Fr. 1.—)

Abonnementspreise (Drucksache, Brief) über
Peter Thommen, Buchhändler, Postfach 177, 4018 Basel
PC 40-67 761

SPEERY UNIVAC
COMPUTER SYSTEMS

KADER 74

Haben Sie Ihre Karriere für die Zeit nach Abschluss Ihres Studiums schon geplant? Bieten
die von Ihnen erwogenen Möglichkeiten nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig her-
vorragende Aussichten?

Sperry UNIVAC, eine der führenden Unternehmungen der Computer-Branche, hält für Hoch-
schulabsolventen eine Ausbildungsmöglichkeit bereit, die das Studium in sinnvoller Weise
ergänzt und echte Erfolgchancen bietet.

Hochschul- und HTL-Absolventen

vermittelt der Lehrgang KADER 74 eine fundierte Ausbildung auf dem Gebiete der Daten-
verarbeitung.

Kader 74: Der fünfmonatige Lehrgang KADER 74 ermöglicht Ihnen, Ihre
Fachkenntnisse auf dem Gebiete der elektronischen Datenver-
arbeitung erfolgreich einzusetzen.

Lehrplan: 1. Stufe Gründliche Einführung in die Hard- und Software der elektroni-
schen Datenverarbeitung. Erlernen der Programmiersprachen
ASSEMBLER, COBOL, FORTRAN.
2. Stufe Zehnwöchiges Praktikum unter Leitung erfahrener Spezialisten.

Zeitplan: 4. Juni bis 31. Oktober 1974 (inkl. 1 Woche Ferien) 5-Tage-Woche
(42 1/2 Stunden).

Leitung: Sperry UNIVAC, Training Center

Ausbildungsort: Sperry UNIVAC, Training Center, Badenerstr. 281, 8003 Zürich.

Kompensation: Kurs und Lehrmittel sind gratis. Zudem wird während der ganzen
Ausbildungszeit ein Praktikantensalär ausgerichtet.

Aufnahmebedingung: Hochschul- oder HTL-Studium

**Entwicklungsmög-
lichkeiten:** Absolventen des Lehrgangs KADER 74 bieten wir die Möglichkeit
(keine Verpflichtung), nach erfolgreichem Abschluss der Ausbil-
dung eine vielseitige Aufgabe im Rahmen der Firma Sperry Rand
AG UNIVAC zu übernehmen.

**Anmeldung und
Auskünfte:** Sperry Rand AG UNIVAC, Training Center, Herr N. Grab,
Badenerstrasse 281, 8027 Zürich, Telefon (01) 39 59 30
(Die Teilnehmerzahl ist beschränkt.)

Bringen Sie Ihre wissen-
schaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

GAULOISES



BUCHSONDERANGEBOT

**Bücher, die wir besonders empfehlen können, verlagsneu,
aus Restauflagen, zu stark reduzierten Preisen:**

- Alexander, Dr. F. G., **Geschichte der Psychiatrie**. 544 S., 1969. Mit Bibliographie und Register.
11 Bilder auf Kunstdrucktafeln. Leinen, früher Fr. 46.50 **jetzt 29.50**
 - Harding, Esther, **Geheimnis der Seele**. Ursprung und Ziel der psychischen Energie. Vorwort von
C. G. Jung. 426 S., Register, Leinen, Rhein-Verlag, Zürich, früher Fr. 34.70 **jetzt 17.30**
 - Harding, Esther, **Selbsterfahrung**. Einleitung in die Begriffe der analytischen Psychologie. 404 S.
Rhein-Verlag, Zürich, früher Fr. 29.50 **jetzt 10.90**
 - Der Kehlheimer Hexenhammer. Faksimile-Ausgabe der Original-Handschrift aus dem Kehlheimer
Stadt-Archiv. 66 S. mit 52 zeitgenössischen Abbildungen. Leinen, früher Fr. 39.50 **jetzt 17.30**
 - Kronhausen, E., **Bücher aus dem Giftschrank**. Analyse der verbotenen und verfilmten erotischen
Literatur von den Anfängen der Dichtung bis heute. 384 S., Literaturverzeichnis, Leinen, früher
Fr. 37.30 **jetzt 10.90**
- Aus der Reihe Kindlers Universitäts-Bibliothek:
- Ratcliffe, Sonne, Erde, Radio. Die Erforschung der Ionosphäre. **jetzt 11.90**
 - Thason, **Erforschung des Meeres**.
 - Wilson, **Religiöse Sektten**.
alle Titel früher Fr. 23.40
(Bitte verlangen Sie den Sonderprospekt für weitere Titel.)
 - Hofstätter, Hans H., **Jugendstil — Druckkunst**. Ein umfassendes Werk über den europäischen
Jugendstil, mit 260 teils farbigen Abbildungen, Literaturhinweis, Grossformat, Leinen
früher Fr. 210.— **jetzt 75.40**

Bitte senden Sie mir gratis und unverbindlich Ihren Katalog «Verlagsneue Bücher zu reduzierten
Preisen», der gegen 5000 Titel enthält.

Name: _____ für Stud.-Rabatt-Abzug wichtig
Vorname: _____ Student(in) der _____ Fakultät
Strasse: _____ Ort mit Plz.: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte als Drucksache mit 15 Rp. frankiert einsenden an

Buchhandlung Ernst, Abt. Versand
Buchholzstrasse 158, 8053 Zürich, Tel. (01) 53 06 31

Polit-Abend mit

Dieter Süverkrüp

Der berühmte Polit-Sänger mit
neuen Liedern in Zürich.

**Freitag, 15. Febr. 1974,
20.00 Uhr**

Theatersaal Volkshaus, Helvetia-
platz (Tram 2, 3, 5, 14 bis Stauff-
acher).

Vorverkauf Fr. 3.30: Jelmoli, Jec-
lin, Kuoni, Pinkus, Sonnegg, Lite-
raturvertrieb (Kramerstr. 2).

Abendkasse: Fr. 5.50.

Ich tippe für Sie schnell und zuverlässig

Manuskripte, Dissertationen

auf IBM Executive. Eignet sich für Off-
set und Fotoreproduktionen. Referenzen
vorhanden.

Telefon (01) 78 48 20

Hochschulförderung oder der Weg in die Sackgasse

Ende Januar hat der Bundesrat den Text einer Botschaft veröffentlicht. Inhalt: Die Bundesbeiträge an die kantonalen Hochschulen für 1975 und 1976. Im März wird der Ständerat, im Juni der Nationalrat darüber zu entscheiden haben, in welchem Masse sich der Bund an den Kosten für unsere kantonalen Hochschulen beteiligen will. Auf 1. 1. 1975

müssen die neuen Beiträge fliessen. Diese Botschaft zur 2. Beitragsperiode aufgrund des Bundes-Hochschulförderungsgesetzes (HFG) ist das klägliche Ende eines Versuchs, der Leitidee einer «Hochschule Schweiz» auch nur ein

Schrittchen näherzukommen.

Freiburg: Seit Jahren seufzt der Kanton Freiburg unter den ständig steigenden Hochschulausgaben für «seine» Universität. Bis jetzt – so las man – sei das Freiburger Volk zusammen mit den Schweizer Katholiken immer wieder bereit gewesen, dieses «Opfer» zu bringen. Doch heute sei dem nicht mehr so – hörte man vor Weihnachten im Freiburger Kantonsparlament. Die Staatsbeiträge für die Universität (notabene lediglich 2,5 Prozent der kantonalen Ausgaben) gerieten unter massiven Beschuss, «Parkinson» wurde durch die Zahlenreihen des Universitätsbudgets für 1974 geschickt und setzte der Groteske die Krone auf, indem zum Budgetausgleich schliesslich noch die Studiengebühren der Studenten erhöht wurden – ein Betrag, über den andersorts sich nicht zu reden lohnte und der die Freiburger Universität in den zweifelhafte Ruf der teuersten Schweizer Uni gebracht hat.

Nicht genug mit diesem Budgetdebakel: Zurzeit blockiert während 90 Tagen das Ende Dezember eingereichte Referendum einiger unzufriedener Bauern den geplanten Universitätsausbau und stellt damit die Neubauten als Ganzes in Frage. Denn: 90 Prozent der Baukosten trägt der Bund, wenn der Rohbau bis Ende 1974 fertig wird. So bestimmen es die Regeln, die für Universitätsinvestitionen dringlicher Art aufgestellt wurden – als Anreiz für die Kantone, die vom Numerus clausus bedrohten Fächer ihrer Hochschulen auszubauen. Faktum: Eine Handvoll unzufriedener Freiburger bringt es fertig, möglicherweise auf Jahre hinaus einen Teil der künftigen Maturanden gewaltsam von der Universität fernzuhalten.

Was damit zu belegen wäre: Kurzschlussreaktionen vielfältiger Art können beim heutigen System der Planung und Finanzierung unserer Hochschulen verheerende Folgen haben.

St. Gallen: Ebenfalls in den Genuss von Bundesmitteln aus dem Sonderkredit für dringliche Kapazitätserweiterungen wäre die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gekommen – wäre, wenn nicht die besonderen Trügerschicksale in der letzten Augenblick einen Strich durch die Rechnung gemacht hätten. In ursprünglich für 800 Studenten bemessenen Bauten drängen sich heute 2000 wie in einer Sardinienbüchse. Der projektierte Erweiterungsbau – mit einem überdurchschnittlichen Bundessubventionsatz abgesichert – fiel dem Nein der Stadt St. Gallen und irgendwelchen politischen Unstimmigkeiten zwischen Kanton und Stadt zum Opfer. Denn als helvetisches Kuriosum teilen sich hier Stadt und Kanton je zur Hälfte in den Teil der Kosten für die Hochschule, der nicht vom Bund über die Hochschulförderung berappt wird. Stadt und Kanton sind offensichtlich nicht mehr erpicht, das «Fass ohne Boden» Hochschule beliebig aufzufüllen, schon aus Überlegungen der Wählerpopularität heraus. Die Hochschulpolitik ist gerahmt in eine Sackgasse geraten, der Numerus clausus steht nun in St. Gallen vor der Tür.

Den Hochschulen Freiburg und St. Gallen ist gemeinsam, dass sie nur einen geringen Anteil von Studenten aus dem eigenen Kanton ausbilden. Beide stehen am Schwanz der Statistik der Hochschulkantone: Knapp 30 Prozent der Eltern von Freiburger Studenten, ungefähr 25 Prozent der Eltern von St. Galler Studenten wohnen im Hochschulkanton selber. Die Entscheide der Freiburger und St. Galler in bezug auf «ihre» Hochschule betreffen damit offensichtlich nur zu einem geringen Teil ihre eigenen Kantonsbürger. Leidtragende von derartigen rezessiven Schritten im Hochschulwesen der Schweiz sind immer wieder Unschuldige im wahrsten Sinne des Wortes: Maturanden, die aus Nichthochschulkantonen stammen Nationale Hochschulplanung und Hochschulpolitik sind mehr als nur eine Notwendigkeit, sie sind eine Verpflichtung, die den jungen Schweizern gleiche Startchancen zumindest im tertiären Bildungsbereich zu geben.

Ueberforderte Kantone

«Si vous êtes pour l'Université, acceptez de payer, sinon vous êtes contre.» Der erzürrte Ruf eines welschen Journalisten als Kommentar der letzten Freiburger Hochschuldebatte ist verständlich, hilft aber auf Kantons-ebene kaum aus der Misere. Schon heute sind die Budgets der Hochschulkantone ganz unterschiedlich stark durch die Hochschulausgaben belastet. In Prozenten der gesamten Kantons-

	1971	Durchschnitt 1966-69
BS	7,9	8,5
BE	8	5,6
FR	3,9	4,4
GE	11,7	8,8
VD	5,8	5,5
NE	3,6	3,8
ZH	6,9	4,7
SO	0,3	0,39
Durchschnitt	7	5,7

Steinzeit der Hochschulförderung

Diese finanzielle Ueberforderung der Hochschulkantone – besser das Ungleichgewicht der Belastung einzelner Kantone für eine Aufgabe, die im Landesinteresse als Ganzem liegt – zeichnete sich bereits in den sechziger Jahren ab. Aufgrund des in der schweizerischen Forschungs- und Bildungsgeschichte epochenmachenden Berichts Labhardt von 1964 (Bericht der Eidg. Expertenkommission für Fragen der Hochschulförderung) kam man zur Schlussfolgerung, dass gesamtschweizerisch die Ausgaben für die Hochschulen erheblich zu steigern seien. Langsam, aber stetig bahnte sich ein Einbruch in die gehaltigte Privatsphäre der kantonalen Hochschulen und so etwas wie eine schweizerische Hochschulpolitik an: die ersten überuniversitären Bundesgremien entstanden (Wissenschaftsrat; das Embryo der Schweizerischen Hochschulkonferenz), 1966-68 flossen die ersten 200 Millionen Bundesgelder als Subventionen an die Hochschulkantone, und 1969 kam das Hochschulförderungsgesetz (HFG).

HFG – «Hochschulhemmungsgesetz»?

Den Hochschulkantonen kam das nun stetig und programmiert rieselnde Geld für die Jahre 1969-74 insgesamt 1.150 Millionen Franken – wie helvetisches Manna von Unterstützung des Bundes, Zusammenarbeit aller Hochschulen, Koordination in Unterricht und Forschung sind in Stichworten die hauptsächlichsten Zweckbestimmungen des HFG, das in seltener Einmütigkeit von National- und Ständeräten verabschiedet wurde.

Schon 1971 folgte allerdings die erste Ernüchterung: man hatte sich bei der Berechnung der Beiträge für Neuinvestitionen und normalen Haushaltbetrieb gründlich verrechnet und vor allem das gegenseitige Verhältnis falsch eingeschätzt. Gleichzeitig hatte man festgestellt, dass ausser schönen Worten über die Koordination an Absprachen zwischen den einzelnen Hochschulen herzlich wenig realisiert worden war. Die Kantone begannen unter der Kosteneffizienz der Betriebsausgaben, u. a. der Löhne, zu stöhnen, der Numerus clausus fing an, durch schweizerischen Hochschuldiskussionen zu geistern und seiner Materialisierung entgegenzugehen.

In einer Teilrevision auf Beginn 1972 führte man die dringend notwendig gewordenen Retouchen am HFG aus: mehr Geld für die Betriebsausgaben, Sonderquoten für die kurzfristige Schaffung von Studienplätzen in NC-bedrohten Fachbereichen und die notwendigen Instrumente (Clearingstelle), um dem NC vor allem in der Medizin durch eine gesamtschweizerische Verteilung der Studienplätze begegnen zu können.

Das Hauptziel des HFG war damit allerdings nicht beseitigt. Noch immer blieb die Hochschulförderung in einem klassisch reinen Subventionsgesetz verankert, d. h. dem Bund fällt nur eine Aufgabe zu, nämlich zu bezahlen. Von einer aktiven Beeinflussung der Hochschulentwicklung auf Bundesebene konnte und kann nach wie vor keine Rede sein. In häufig übersteigter kantonaler Borniertheit wurde weiter nebeneinander her gewurstelt.

Morgenluft witterten Bildungspolitiker allerorten, als die Revision der Bildungsartikel 1971-73 an die Hand genommen wurde. Mit der Neuordnung des Gesamtbildungswesens als Sache des Bundes und der Kantone hätte der Bund auch im Hochschulsektor die Möglichkeit bekommen, mehr als nur Subventionskuck zu spielen. Er hätte nun versuchen können, seine weitergehenden materiellen Vorstellungen von einer koordinierten Hochschulpolitik zu verwirklichen. Mit einem Hochschul-

rahmengesetz wären seine Kompetenzen gegenüber den Kantonen im Blick auf eine echte «Hochschule Schweiz» abzugrenzen gewesen. Gleichzeitig wäre auch die Ausbildungsfinanzierung durch ein Bundesstipendiengesetz gesamtschweizerisch zu regeln gewesen. Doch zur allgemeinen diagnostizierten Bildungskatastrophe trat dann im März der lähmende Bildungsartikelschok, dessen Auswirkungen heute zum Stigma hochstilisiert werden: Das Volk nahm den BV 27 an, die Stände verwarfen – der Traum vom Hochschulrahmengesetz war ausgeträumt.

Verhindertes neues HFG

In kurzer Zeit entwarf 1973 eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Alt-Bundesrat Tschudi ein neues Subventionsgesetz, das auf die bestehenden Verfassungsgrundlagen ohne neuen BV 27 abgestützt war und das die dringenden nötigen Finanzen für die kantonalen Hochschulen ab 1975 sicherstellen sollte.

Der Entwurf für dieses neue HFG versuchte, die größten Mängel des alten Gesetzes auszubügeln. So wurden bessere Planungsgrundlagen für eine gesamtschweizerische Hochschulpolitik durch eine Koppelung von Planungsmechanismus und Beitragssystem sowie der Einbezug der bisher abseitsstehenden ETH Zürich und Lausanne vorgesehen, der Aufbau eines Hochschulinformationssystems als Datenlieferant für längerfristige Rahmenpläne und Prognosen institutionalisiert. Eine Verfeinerung der bestehenden Organisationsstruktur sollte dem Entscheidungsmechanismus transparenter und effizienter werden lassen. Schliesslich sollte das Engagement des Bundes für die Hochschulen beträchtlich verstärkt werden: nicht – wie heute – zum voraus bestimmte Summen, sondern prozentuale Beiträge (bis zu maximal 50 Prozent) hätte der Bund auf die tatsächlichen Hochschulausgaben der Kantone anrechnen sollen.

Im Juli 1973 schickte das Departement des Innern den Gesetzentwurf in die Vernehmlassung. Ende September kam dieser zerupft, zerzaust und als von weiten Kreisen als unbrauchbar bezeichnet aus dem Spiesstrahlenlauf bei Parteien, Verbänden und Kantonen zurück. Bundesrat Tschudi begann zu jener Zeit in Bern eben seine Koffer zu packen und packte auf Anraten seiner HFG-Arbeitsgruppe den Entwurf für das neue Gesetz gleich mit ein: Er schlug dem Bundesrat als eine seiner letzten Amtshandlungen vor, nach dem

«Anhand der Prüfung der Ausgaben-schätzungen und Berichte der Kantone stellt der Wissenschaftsrat fest, dass der Ausbau der kantonalen Hochschulen im allgemeinen weniger rasch als bisher vor sich gehen wird und dass diese rückläufige Tendenz zunehmend durch finanzpolitische Erwägungen bedingt sein dürfte. Der gebremsten Entwicklung müsse im Interesse des freien Zugangs zu den Hochschulen bereits jetzt durch höhere Beitragsleistungen des Bundes entgegengekehrt werden. Dies erweise sich um so nötiger, als die Höhe der Ausgaben im Hinblick auf die erwartete grosszügigere Bundeshilfe bestimmt worden sei und sich heute angesichts der Neuprüfung des Vorentwurfs teilweise als etwas zu optimistisch herausstellen könnten.»

(Botschaft S. 29)

Vernehmlassungsscherbenhaufen darauf zu verzichten, den Gesetzentwurf dem Parlament vorzulegen. Statt dessen sei aufgrund des bestehenden HFG aus dem Jahr 1969 eine weitere Beitragsperiode für zwei Jahre vorzusehen. Noch vor Weihnachten wurde diese Empfehlung bundesrätlich sanktioniert. Das Parlament wird demnach über der Teuerung angemessen angepasste erhöhte Bundesbeiträge an die Hochschulen zu beschliessen haben: für 1975 an Grundbeiträgen 150 Millionen, für 1976 168 Millionen Franken; für beide Jahre zudem an Sachinvestitionsbeiträgen 250 Millionen Franken.

Vernehmlassungsscherbenhaufen

Drei wesentliche Motivkomplexe gehen aus der Analyse der Vernehmlassungswortantworten hervor, die dafür verantwortlich zu machen sind, dass der

Gesetzentwurf ins Sperrfeuer beinahe aller befragten Interessengruppen geriet:

1. Das Geld: Vor allem die direkt Betroffenen, die Hochschulkantone – allen voran Zürich, Basel-Stadt, Bern und Waadt –, malen das Gespenst des eigenen finanziellen Ruins an die Wand. Sie befürchten, die Bundskantone ihnen über das neue HFG Investitionen diktiert, die sie schlichtweg nicht mehr zu verkraften vermöchten. Die notwendige Planung und das Prinzip der uneingeschränkten Zusage zum Hochschulstudium seien schwerlich miteinander zu verbinden, ohne einer falschen «Planungsgläubigkeit» zu huldigen und einer «unrealistischen Zielsetzung eines sozusagen unbegrenzten Wachstums des Hochschulsektors» zu verfallen. «Selbst wenn man von der Annahme ausgeht, der Bund könne nach Ueberwindung seiner jetzigen Finanzknappheit vom Jahre 1977 an rund 40 Prozent an die Hochschulbetriebskosten der acht Kantone beitragen, müssten die Kantone immer noch mehr als die Hälfte der Betriebskosten aus eigenen Mitteln aufbringen. Es ist nicht möglich, bei dem von den Zielvorstellungen geforderten Wachstum der Hochschulausgaben, die nötigen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen.»

2. Die Ziele: Für die Gesellschaft für Hochschule und Forschung (GHF) liegt die Hauptsache der unbefriedigenden Situation des höheren Bildungswesens in der Schweiz nicht in erster Linie im Ungenügen des bestehenden Gesetzes, sondern im Fehlen einer einheitlichen Auffassung über die Grundsätze und Ziele. Diese können aber im gesamtschweizerischen Rahmen nicht erarbeitet und verbindlich festgelegt werden, solange die verfassungsmässige Grundlage dazu fehlt. Ins gleiche Horn stösst der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, für den ein neues HFG vor allem beinhaltet und herbeiführen muss:

- die Festlegung der Ziele der schweizerischen Hochschulpolitik;
- eine auf die Zielsetzung ausgerichtete Planung;
- die Formulierung der Kriterien für einen zielkonformen Einsatz der Mittel.

Während bei der GHF das ehrliche Bemühen durchschimmert, das Bildungswesen als Einheit zu betrachten und in dieser Einheit jedem Sektor seine genaue Zielsetzung zuzuordnen, um einen adäquaten Bildungsstandard zu erreichen, ist der «Zielkonflikt» der Arbeitgeber-Organisationen ein vordergründiger: Ueber die Bestimmung der Ziele hofft man seine – rein wirtschaftlich motivierten – Interessen möglichst elegant in die Bildungspolitik «einfließen» zu lassen. Denn über einen technokratisch durchorganisierten Hochschulbetrieb mit festen Zulassungsquoten kann man sich bequem die benötigten akademischen Arbeitskräfte mit genau umschriebener Qualifikation unter minimalem Finanzaufwand beschaffen.

3. Das Privileg: Weitherum wird die Förderung der Hochschulen im bisherigen und geplanten Ausmass als schwere Einseitigkeit zugunsten anderer Bildungswege angeprangert. Der Schweizerische Gewerbeverband «bezeichnet die Berufsbildung als «Stiefkind im ganzen Bildungswesen» und votiert gegen eine Privilegierung der Hochschulen für ein «vermünftiges Gleichgewicht zwischen den Ausgaben für die Mittel- und Hochschulbildung und (...) für die Berufsausbildung». Aus der gewerblichen Perspektive glaubt man es allerdings volkswirtschaftlich nicht verantworten zu können, alle Bildungsbereiche auszugleichen. Man sieht an die Hochschulen Bundesmillionen fliessen – und glaubt, selber zu kurz zu kommen.

Wann kommt das Hochschulrahmengesetz?

Der kleinste gemeinschaftliche Nenner und der grösste Stein des Anstosses in der Diskussion über die Hochschulförderung ist offensichtlich die Finanzfrage. Und gerade hier verheerend sich gewichtige politische Pressure groups in unauffösbare Widersprüche. Wer den Entwurf für das neue HFG in der Vernehmlassung ablehnte, lehnt wohl nicht nur den ursprünglichen, überhaupt Mehrausgaben für die Hochschulen ab, sondern er verunmöglicht gleichzeitig einen effizienteren, geplanten Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel! Denn der Entwurf enthielt erstmals Ansätze zu einem Planungsinstrumentarium, das erste Entscheidungsgrundlagen für einen sachkonformen und sparsamen Einsatz der Subventionen überhaupt erst hätte liefern können. Dieses Instrumentarium kann nun nicht in den nächsten zwei resp. drei Jahren aufgebaut werden. In seiner Stellungnahme zum HFG-Entwurf hat der VSS denn auch vor allem «den Aufbau einer gesamtschweizerischen Hochschulplanung» als Positivum hervorgehoben. Dem Bund stehen nun aller Voraussicht nach für 1975 und 1976 keine wirksamen Kontroll- und Sachmittel gegenüber den Hochschulkantonen zur Verfügung. Ohnmächtig wird er wie bis anhin zu zusehen müssen, wie sein Geld je nach Geschick der einzelnen Kantonsbüro-

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19
8006 Zürich, 01/47 99 85

NEU IM VERLAG

ETH ZÜRICH
ARCHITECTURABTEILUNG U30

EINFÜHRUNG IN DIE SOZIOLOGIE

AUTOGRAPHIE DER VORLESUNG
VON DR. JEAN-PIERRE JUNKER

Publikations-Nr. 1.36
211 Seiten / Format A 5 / Gebunden
Studentenpreis: 14.—
Erfhältlich bei PUBLIA und im Buchhandel (19.50)

krationen mehr oder weniger wirkungsvoll für die Universitäten eingesetzt wird. Wie nach Ablauf der zweiten Beitragsperiode die an den mit minimalen Auflagen verbundenen Subventionsfluss gewohnten Kantone zu einer grösseren Kooperation bewegen werden können, ist unklar.

Natürlich sind die ausgeschütteten Millionen im jetzigen Zeitpunkt nicht einfach verpulvert. Natürlich bedarf es noch ganz anderer finanzieller Anstrengungen für den Hochschulbedarf der Zukunft. Aber bei der heutigen mangelhaften Organisationsstruktur ist ein optimaler Geldeinsatz im schweizerischen Rahmen beim besten Willen nicht möglich. Und weniger Geld, als der Bundesrat dem Parlament zur Auszahlung vorschlägt, würde die Entwicklung nur beschleunigen, von der die schweizerische Sozialdemokratische Partei spricht: «Das schweizerische Hochschulwesen steuert in eine Krise von bisher nicht bekanntem Ausmass hinein, eine Krise sowohl was den Ausbau als auch was die Reform der Hochschulen angeht.»

Bleibt noch die Frage, ob 1976, wenn die zweite Beitragsperiode des HFG ausläuft, irgendeine bessere Chance bestehen wird, den verfuhrerkerkten Zustand grundsätzlich zu überwinden. Ein ausgefeiltes Hochschulrahmengesetz kann bis dahin bestimmt nicht ausgearbeitet werden. Es scheint, als ob eine Neuordnung des schweizerischen Hochschulsystems weiter in die Ferne gerückt ist denn je. Da das Parlament kaum von sich aus auf die Diskussion des torpedierten HFG-Vorentwurfs einreten wird, besteht keine andere reale Möglichkeit, als das unbefriedigende HFG weiterzuschleppen. Die kantonalen Hochschulen gehen damit ungewissen Zeiten entgegen. Der NC wird in grösserem Stil trotz bestem Willen – dank planerischer Unfähigkeit auf gesamtschweizerischer Ebene – Wirklichkeit werden.

Erste Priorität: ein neuer Bildungsartikel

Dringendstes Anliegen, um die schweizerische Bildungs- und Hochschulpolitik aus der Talsohle herauszubringen, in der sie sich zur Zeit befindet, ist die Verwirklichung eines Verfassungsauftrags, der dem Bund eine echte Gestaltungskompetenz für den Hochschulbereich und die gesamte Bildungskoordination einräumt. Wohl wird man nicht an eine vollständige Uebernahme der Hochschulen durch den Bund zu denken haben. Aber eine Gewichtsverlagerung zugunsten des Bundes ist dringend notwendig. Das höhere Bildungswesen kann nicht länger im selben Ausmass wie bis jetzt den Kantonspolitikern überlassen werden.

Es wäre sinnlos, nach Schuldnern für die programmierte Hochschulsackgasse zu suchen. Verantwortlich für das heutige Desaster sind zunächst gesellschaftspolitische Verhältnisse und innerhalb des bestehenden Systems Verkettungen von «zufällig» zusammen-treffenden unglücklichen Umständen. So wie die Oelkrise auf ähnliche Mechanismen zurückzuführen ist, so steht es auch mit der absehbaren Hochschulkrise in der Schweiz und ihren Ursachen. Ein ausschlaggebender Unterschied im Vergleich der beiden Erscheinungen macht allerdings deutlich, mit welch enormen Schwierigkeiten Bildungspolitik zu kämpfen hat: Von der Oelkrise ist jedermann unmittelbar betroffen, die Bildungskrise ist unser «Geschenk» an die kommende Generation.

Richard Bauer,
Vorstandsmitglied des VSS

Die Statistiken beruhen auf Angaben des Statistischen Jahrbuchs der Schweiz 1973 und des zweiten Berichts des Wissenschaftsrates über den Ausbau der Hochschulen (1972).

Theorie der Unterrichtsforschung*

hk. Allenthalben wird eine Verstärkung des wissenschaftspolitischen Engagements auf dem Gebiet der Bildungs-, Erziehungs- und Unterrichtsforschung gefordert - ein vermehrtes Engagement auf einem Gebiet also, das hierzulande allzu lange eine Domäne spezifischer geisteswissenschaftlicher Aktivität gewesen ist. Ein zentraler Diskussionspunkt in der bildungspolitischen Auseinandersetzung ist dabei die Forde-

ver Variablen in der Unterrichtsforschung.
*Pause/Peters, «Lehrer und soziale Interaktion in der Unterrichtsforschung», Beltz-Studienbuch 64
Merkmal der Lehrerpersönlichkeit, soziale Interaktion in der Schulkasse.
*Feger/Holz/Schwarz/von Trotsenburg, «Strategien der Unterrichtsforschung», Beltz-Studienbuch 65



Paradigmen für die Unterrichtsforschung, Statistik als ein Aspekt der wissenschaftlichen Methoden in der Unterrichtsforschung, experimentelle und quasi experimentelle Anordnungen in der Unterrichtsforschung.
Thema Schulkonflikt*
Hf. Paukerfilmen zum Trotz kann niemand mehr ernsthaft die Schule zur heilen Welt erklären. Dass es in den Schulen an allen Ecken und Enden kriselt und kracht, bemerkt selbst ein Seminarist am ersten Tag seines Praktikums. Jeder Lehrer kann die Folgen an sich selber beobachten. Dass jeder Schulkonflikt mit der Institution

Paradigmen für die Unterrichtsforschung, Statistik als ein Aspekt der wissenschaftlichen Methoden in der Unterrichtsforschung, experimentelle und quasi experimentelle Anordnungen in der Unterrichtsforschung.
Thema Schulkonflikt*
Hf. Paukerfilmen zum Trotz kann niemand mehr ernsthaft die Schule zur heilen Welt erklären. Dass es in den Schulen an allen Ecken und Enden kriselt und kracht, bemerkt selbst ein Seminarist am ersten Tag seines Praktikums. Jeder Lehrer kann die Folgen an sich selber beobachten. Dass jeder Schulkonflikt mit der Institution

betrifft: erziehung

Schule, ihrer Funktion und Organisation zu tun hat, ist mittlerweile Allgemeingut geworden. Nur: wie hängt Verhalten des einzelnen Lehrers, sein Unterricht, dessen Ziel und Resultate mit der gesellschaftlichen Bestimmtheit der Schule zusammen?

Gerade bei Versuchen, Schule und Unterricht mit neuen Zielen und Methoden materiell zu verändern, offenbart sich das Kräfteverhältnis der offen und heimlich Schulrealität prägenden Gruppen und Institutionen. Gemein kann auch heute schon die Schule

*Schulz/Teschner/Voigt/Welner, «Beobachtung und Analyse von Unterricht», Beltz-Studienbuch 62

Verhalten im Unterricht und seine Erfassung durch Beobachtungsverfahren, Analyse und Untersuchung von Lehrmethoden.

*Ingenkamp/Parey/Tent, «Schätzen und Messen in der Unterrichtsforschung», Beltz-Studienbuch 63

Schätzverfahren in der Unterrichtsforschung, Testen kognitiver Fähigkeiten und Leistungen, Erfassen nichtkogniti-

an bestimmten Orten geeignet sein, gesellschaftliche Interessengegensätze zu diskutieren. Sobald es aber an praktische Reformen geht, offenbart sich, wie zentral die Antagonismen dieser Gesellschaft den Ausbildungssektor bestimmen.

Schulreform entscheidet sich an den Aktionen aller, die in unseren Schulen

zu kurz kommen, an ihrer Organisation und ihrer Auffassung von den Ursachen der Schulmisere. So ist jeder Schulkonflikt eigentlich eine Aufforderung. Je mehr das Gesehene wird, desto grösser die Chance, beim Staat nicht nur auf taube Ohren zu stossen.
*Betrifft: Erziehung, Februar 1974, Schwerpunktthema «Schulkonflikt»

«konzept» weist an dieser Stelle regelmässig auf neue Taschenbücher, Paperbackbacks, Zeitschriften usw. für Studium, Beruf und politische Praxis hin.

Gesellschaftliche Kommunikation und Information*

FS. Unter dem umfassenden Begriff der gesellschaftlichen Kommunikation werden in diesem Reader Materialien für die wissenschaftliche und kommunikationspolitische Diskussion zusammengestellt. Mit dem Bezug auf gesellschaftliche Kommunikation soll verdeutlicht werden, dass Massenkommunikation nicht als isolierter Teilbereich einer Gesellschaft verstanden wird. Die Auswirkungen solchen wissenschaftlich isolierenden Vorgehens sind z. B. im Kenntnis- und Wissensstand der Praktiker in den Medien ablesbar, wenn sie die sozialen Bedingungen ihrer beruflichen Tätigkeit reflektieren. Ausgangspunkt ist dabei für die Herausgeber folgender Zusammenhang:

Im Zusammenleben und Kommunizieren der Mitglieder einer Gesellschaft wird der politische und soziale Entwicklungsstand reflektiert. Die Verfassung und Struktur des organisierten oder informellen Informationsaustausches hat keinen zufälligen Charakter. Das Kommunikationsverhalten und die Kommunikationsformen konstituieren im ständigen Austausch und in der Vermittlung von Wissensinhalten und der Verständigung über Normen und Werte das, was unter dem Begriff Gesellschaft fasslich wird. Die Analyse der

gesellschaftlichen Verkehrsformen und der Vermittlung von gesellschaftlichem Bewusstsein durch die Kanäle der Massenmedien zwingt den Blick auf den sozialen Kontext dieser Kommunikation, aus dem nicht nur die Inhalte ihre

Bestimmung gewinnen, sondern auch deren Formen abgeleitet werden können.

Band 1: Konzepte zur gesellschaftlichen Kommunikation/Bedingungen medialer Produktion und Distribution

Band 2: Aspekte des Medienkonsums/ Gesellschaftliche Konflikte und Chancen ihrer Artikulation/Umfangreiche Bibliographie

*Aufermann J./Bohrmann H./Sülzer R. (Hrsg.), «Gesellschaftliche Kommunikation und Information», Fischer-Atenäum Taschenbücher F/M 1973 Band 1: FAT 4021, Band 2: FAT 4022.

Computersimulation in den Sozialwissenschaften*

Jm. Die Computersimulation, eine Verbindung von Modellmethode und Computertechnik, hat seit ihren Anfängen

in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine bemerkenswerte Entwicklung genommen: Die Ausarbeitung einer Methodologie der Computersimulation ist weit hinter ihrer Ausbreitung

rororo studium

zurückgeblieben. Eine umfassende methodologische Grundlegung gibt es bis heute nicht. Die Darstellung der Computersimulation und ihrer Probleme wird beschränkt durch eine zu enge Orientierung an betriebswissenschaftlichen Anwendungsfällen. Die Methode wird vornehmlich als Instrument der Entscheidungshilfe gesehen,

weniger als ein Mittel der theoretischen Analyse.

Die meisten Darstellungen gehen ziemlich ausführlich auf technische Probleme ein, scheitern aber grundlegenden methodologischen Fragen, allen voran der Gültigkeitsproblematik, zu wenig Beachtung. Vor allen Dingen machen die meisten der vorliegenden Arbeiten kaum den Versuch, die Methode im Hinblick auf ihre Probleme ausführlich zu bewerten. Eine solche Bewertung kann sich nicht nur an Kriterien der technischen und ökonomischen Effizienz ausrichten; sie muss den gesellschaftlichen Kontext berücksichtigen, in dem die Methode angewandt wird. Gerade weil die Computersimulation so vielseitig anwendbar ist, ist es notwendig, die Frage nach möglichen gesellschaftspolitischen Auswirkungen zu stellen. In der Arbeit wird deshalb versucht,

● systematisch und in einem einheitlichen begrifflichen Rahmen die allgemeine Logik der Methode darzulegen,

● in Verbindung mit den hauptsächlichlichen Arbeitsschritten die zentralen Probleme zu beschreiben;

● eine Bewertung der Computersimulation vorzunehmen, die ihre Grenzen absteckt und auch methodologische Gesichtspunkte einbezieht.

*Harbordt St., «Computersimulation in den Sozialwissenschaften, Band 1: Einführung und Anleitung», Reinbek 1974, rororo studium 49

*Harbordt St., «Computersimulation in den Sozialwissenschaften, Band 2: Beurteilung und Modellbeispiele», Reinbek 1974, rororo studium 50

Entscheidungsorientierte Betriebspädagogik*

Er. Der Gegenstand dieser Untersuchung ergab sich aus einem zweifachen Interesse: einmal aus dem Umstand, dass die wissenschaftliche Grundlegung erzieherischer Probleme und Prozesse in Betrieben noch in den Anfängen steckt; zweitens aus der Tatsache, dass die Notwendigkeit methodologischer und systematischer Abklärungsprozesse der Erziehungswissenschaft in jüngster Zeit verstärkt in den Blickpunkt des Interesses rückt.
(Fortsetzung Seite 7)

Schulen des Bezirkes Küssnacht a. Rigi

Wir suchen auf Frühjahr 1974 (Schulbeginn 29. April), eventuell auf später, für unsere Schulkolte

- Küssnacht
- Immensee
- Merlischachen

mehrere Primarlehrkräfte an alle Stufen

1 Hauswirtschaftslehrerin

vor allem für die obligatorischen Kurse und für die Haushaltlehrtöchter

Unser Schulrektor kann interessierten Lehrpersonen jede gewünschte Auskunft erteilen, Tel. (041) 81 28 82 (Büro), (041) 81 14 71 (privat), Adresse: Schulrektorat, Postfach 29, 6403 Küssnacht am Rigi.

Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind erbeten an den

Bezirksschulrat Küssnacht am Rigi

Südf Frankreich — Provence — am Fuss des Mont Ventoux:

Ausritte — Wanderritte von einem bis sechs Tagen — Reitunterricht

Interessiert Sie das? Dann schreiben Sie uns: BELLOM / MENEQUE (équitation, piscine, camping, parc de jeux et d'animaux) F-84 410 Bedoin / Tel. 00 33 80/65 80 17

Unterseminar Pfäffikon SZ

Infolge Erweiterung werden auf Frühjahr 1974 (Ende April) folgende Lehrstellen neu eröffnet:

1 Hauptlehrstelle für moderne Sprachen

(primär Romanistik, oder Germanistik, oder Anglistik und ein weiteres Phil.-I-Fach)

1 Hauptlehrstelle für Musik

(primär Klavier und Gesang, wenn möglich auch Blockflöte)

1 Hauptlehrstelle für kath. Religionslehre

(in Kombination mit einem Pensum Unterricht an der kath. Kirchgemeinde oder zusammen mit einem weiteren Phil.-I- oder Phil.-II-Fach an der Mittelschule)

Wir bieten:
- Besoldung nach kant. Reglement
- demnächst Bezug eines neuen, modernen Schulgebäudes
- junges Kollegenteam mit gutem Arbeitsklima
- günstige Verkehrs- und attraktive Wohnlage (Nähe Zürich, See, Sportgebiete)

Wir erwarten:
- abgeschlossene, akademische Ausbildung und wenn möglich Schulerfahrung
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zur Uebernahme pädagogischer Verantwortung
- Mitarbeit bei der Ausrüstung des Neubaus

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (handschriftliche Anmeldung, Lebenslauf, Ausweise) bitte bis spätestens 28. Februar 1974 an: Rektorat Unterseminar Pfäffikon SZ, Schützenstrasse 15, 8808 Pfäffikon SZ; tel. Auskünfte durch Rektor Fuchs jederzeit, ausgenommen 23. 2. bis 2. 3. 74, über Tel. (055) 48 20 29 (Schule) oder (055) 63 22 80 (Wohnung).

ERZIEHUNGSDEPARTEMENT des Kantons Schwyz

Buchhandlung Programm

Zeughausgasse 20, 3. Stock (LH) 3000 Bern 7 / Tel. (031) 22 80 11

Unsere Buchhandlung befindet sich jetzt in 3 hellen, grossen und wohnlichen Räumen. Teilen Sie uns Ihre Adresse mit. Wir versenden regelmässige Kataloge.

konzept immer am Ball!

Summer Tours for Young Teachers and Students in USA, Canada, and Mexico as Guests of American Families

Dauer: 34 Tage

- Tour A: Canada-Tour DM 1190.—
- Tour B: Florida-Tour DM 1210.—
- Tour C: Kalifornien-Tour DM 1670.—
- Tour D: Mexiko-Tour DM 1710.—

Alle Touren schliessen Hin- und Rückflug, sämtliche Uebernachtungen sowie zum Teil Verpflegung ein.

Veranstalter: Association for World Travel Exchange, 38 West, 88th Street, New York.

Weitere Informationen durch die Beauftragte für Deutschland und die Schweiz: Uta Menzel, 8 München 50, Franz-Sperr-Weg 32, Tel. (089) 150 50 19

USA-Flüge ab DM 395.—
Südamerika-Flüge ab DM 900.—



Eine Chance für einen jungen Juristen

Wir suchen für die Rechtsabteilung unseres internationalen tätigen Dienstleistungsunternehmens einen

Juristen

Nach einer umfassenden und gründlichen Einführung befasst er sich mit den vielfältigen Fragen, insbesondere gesellschafts-, vertrags- und aufsichtsrichterlicher Natur, die sich unserer Gesellschaft und unserer weltweiten Organisation stellen.

Einem Hochschulabsolventen, der die Bereitschaft mitbringt, sich auch in die Materie der Rückversicherung einzuarbeiten, eröffnet sich hier ein vielseitiges und anforderungsreiches Aufgabengebiet.

Möchten Sie mehr darüber erfahren?

Dann setzen Sie sich mit uns in Verbindung. Wir werden Sie auch gerne über unsere fortschrittlichen Arbeits- und Anstellungsbedingungen orientieren.

Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft

Personalabteilung, Mythenquai 60, 8022 Zürich
Telefon (01) 25 88 00, intern 234

«Eine Theorie der Gesellschaft, die die Tendenzen der Entwicklung aus den Bewegungsformen dieser Gesellschaft, dem Produktions- und Reproduktionsprozess, nicht nachzuvollziehen vermag, ist auch nicht in der Lage, eine konkrete Taktik der Revolutionäre aufzustellen.»

Revoltueure sind Alchimisten der Revolution

Zum 100. Rotbuch: «Geschichte und Klassenkampf» von Bernd Rabehl

Bernd Rabehl, Soziologe an der FU Berlin, einer der gewichtigsten Wortführer der deutschen Studentenbewegung seit den Tagen der «Antiautoritären Bewegung», legt ein Buch vor, das zwar «die Tradition dieser Revolte nicht verbergen» kann, andererseits aber auch darüber hinausgeht, indem es versucht, die letztlich bürgerlich beschränkte Frage nach der Emanzipation des Menschen – bürgerlich, weil sie von der Emanzipation des Individuums ausging – darüber hinaus mit der Frage nach dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu verknüpfen. Seine «Einführung in die marxistische Geschichtsbetrachtung der Arbeiterbewegung» ist deshalb nicht nur eine Auseinandersetzung mit idealistischer Geschichtsauffassung, sondern gerinnt ebenso zu einer Kritik an den elitären und letztlich idealistischen Nachzögern jener Revolte, die, «ergriffen von der Ueberzeugung, Auserwählte der Geschichte zu sein, im Namen der Unterdrückten dieser Welt den Griff in das Geschichtsrad wagten, sich mit proletarischem Kostüm und radikalen Parolen schmückten und sich durch billige Lenin-Analogien zur Avantgarde der Arbeiter erklärten». Rabehl versucht demgegenüber nicht, sich mit einem gewaltsamen Klimmzug zu einem Führer oder Propheten der Arbeiterklasse emporschwingen; seinen Standpunkt legt er im Vorwort offen: (ich) gehe davon aus, dass linke Intelligenz auch in der Zukunft die Aufgabe habe, den Kampf der Arbeiter politisch und wissenschaftlich zu unterstützen und mitzuhelfen, dass dieser Kampf Irrtümer, Niederlagen und Umwege vermeidet.»

einer geschichtlichen Bewegung dieser Klasse identifiziert und ihre Politik zum Prinzip erhebt, das gegenüber anderen Kampfformen das Richtige, das Proletarische repräsentieren soll. Diese Position verliert sich leicht in tiefen der Moral; der Historiker ist nicht mehr in der Lage, die Klassenkämpfe im objektiven Zusammenhang einer bestimmten historischen Periode zu sehen» (Rabehl). Er landet, auch vom richtigen Standpunkt aus, im gleichen idealistischen Sumpf wie die Kollegen der Bürgerzunft.

«... die Tendenzen der Entwicklung aus den Bewegungsformen ...»

Rabehl zeichnet den Prozess der Herausbildung einer materialistischen Geschichtsbetrachtung durch Marx und Engels in ihrer Auseinandersetzung mit der Hegelschen Geschichts- und Staatsphilosophie und den Bemühungen der Frühsozialisten nach. Indem die beiden Alten sich von irgendwelchen abstrakten Prinzipien lösen und in der gesellschaftlichen Arbeit und den Produktionsverhältnissen die Substanz der Geschichte erkennen, holen sie die Triebkräfte der Geschichte vom Himmel auf die Erde herunter und aus dem Bewusstsein der Menschen – wo dann letztlich einfach das richtige Bewusstsein und der Wille zur Veränderung würde, Geschichte zu machen – in die Wirklichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse zurück. Damit gewinnen sie auch ein realistisches Verhältnis zum Machbaren, zum Möglichen in der Geschichte, den Ansatzpunkt zu einer brauchbaren Taktik für revolutionäre Politik.

«... und dem Produktions- und Reproduktionsprozess ...»

Voraussetzung wird also die Analyse der Produktionskräfte und -verhältnisse im Kapitalismus; die Kritik der Nationalökonomie wird zur Grundlage der Erklärung gesellschaftlicher Erscheinungsformen.

Rabehl gelingt es, in einer gedrängten Zusammenfassung der entscheidenden Aussagen in den Frühschriften der beiden Materialisten die Zuverlässigkeit aufzuzeigen, die zur Ausarbeitung des «Kapitals» geführt hat. Die Analyse des Kapitals im allgemeinen, der Krisenzyklen der kapitalistischen Entwicklung und des Lohnsystems – die knappen Andeutungen von Rabehl genügen zwar zum Verständnis des Fortgangs der Arbeit, können aber nicht die Lektüre des Marx'schen Hauptwerkes ersetzen – erlauben es der Arbeiterklasse, an den immanenten Widersprüchen dieser Gesellschaftsformation anzuknüpfen und daraus eine revolutionäre Politik zu formulieren, die sich nicht in Spekulationen verliert.

«... nicht nachzuvollziehen vermag ...»

Die Aktivitäten der beiden Alten im Bund der Kommunisten und der I. Internationale, die Rabehl aufgrund ihrer Schriften aus dieser Zeit nachzeichnen, geben ein Musterbeispiel ab für die realistische Einschätzung der Möglichkeiten der Arbeiterbewegung.

Zum andern erlaubt dieser geschichtswissenschaftliche Ansatz auch die Kritik an utopischen und idealistischen Versuchen revolutionärer Politik,

etwa der Anarchisten auf der einen Seite und der Sozialdemokraten auf der andern. (Schade, dass Rabehl, sonst so präzise im Zusammenfassen der wichtigsten Aussagen von Marx und Engels zu den einzelnen Themenbereichen, auf eine Darstellung der Kritik am Gothaer und am Erfurter Programm der Sozialdemokraten verzichtet hat.)

«... ist auch nicht in der Lage ...»

Wichtig für Marx und Engels – und offenbar auch für Rabehl im Hinblick auf die Neugründung elitärer Avantgarde-Organisationen in der BRD – auch der Kampf gegen die radikalen Intellektuellen, die in kleinbürgerlicher Angst, ihre historische Position zu verlieren und überflüssig zu werden, «sich nicht vorstellen können, dass die Arbeiter selbständig ihr Bewusstsein gewinnen, und sich etablieren, dieses Bewusstsein von aussen in die Arbeiterklasse hineintragen zu müssen» (Rabehl). In einer Zeit, wo die Chancen einer Revolution nicht gegeben waren und die beiden alten Revolutionäre sich mehr der theoretischen Arbeit zuwandten, um den Bund der Kommunisten auf seine spätere Funktion vorzubereiten, kämpften sie erbittert gegen konservative Sektenbildung durch radikale Intellektuelle: «Sie sind Alchimisten der Revolution und teilen ganz die Ideenzerstückung und die Brüderlichkeit in fixen Vorstellungen der früheren Alchimisten. Sie werfen sich auf Erfindungen, die revolutionäre Wunder errichten sollen: Brandbomber, Zerstörungsmaschinen von magischer Wirkung, Erneuten, die um so wunderbarer und überraschender wirken sollen, je weniger sie einen rationalen Grund haben. Mit solcher Projektmacherei beschäftigt, haben sie keinen andern Zweck als den nächsten Umsturz der bestehenden Regierung und verachten aufs tiefste die mehr theoretische Aufklärung der Arbeiter über ihre Klasseninteressen» (Marx). Die Beschreibung dieser «Handwerkmeister der Revolution» nimmt ganz aktuelle Töne an, wenn Marx die erbarmenswürdige Existenz dieser «demokratischen Bohemiens und Bummeler aus dem Lager der Bourgeoisie» als ewige Kneipengäste und Lumpenproletariat schildert.

Man sollte es sich allerdings nicht zu leicht machen und die Marx'sche Kritik an diesen Revoltueuren unbedarft und ohne Rücksicht auf die veränderten politischen und ökonomischen Verhältnisse übernehmen, um die modernen neulinken Sekten abzuknallen. Marx – und Rabehl – geht es darum, den idealistischen Ansatz dieser radikalen Avantgarde-Revoltueure, welche unter Marx'scher Phraseologie urate und erzkonservative Elitekonzeptionen muffige Aufstufung feiern lassen, aufzudecken.

«... eine konkrete Taktik der Revolutionäre aufzustellen.»

Marx' vordringliches Ziel ist es – und Rabehl versucht, diese Bemühungen darzustellen und zu aktualisieren –, durch die Ausarbeitung und Entfaltung einer materialistischen Basis der Geschichtsbetrachtung «den Kampf der Arbeiter wissenschaftlich und politisch zu unterstützen und mitzuhelfen, dass dieser Kampf Irrtümer, Niederlagen und Umwege vermeidet.»

Christian Rentsch



Plakat von Klaus Staack «Die Luft gehört allen»: Beilage zu Wallraff/Hagen: «Was wollt ihr denn, ihr lebt ja noch». Rowohlt 1973

«Die Reichen müssen noch reicher werden»

Klaus Staack; Die Reichen müssen noch reicher werden: politische Plakate, hrsg. von Ingeborg Karst; Rowohlt «das neue buch 40»; Reinbek

kein Zimmer finden. Das ist die Heuchelei.»

Wer davon ausgeht, dass Kunst nur in den ihr zugewiesenen Tempeln stattfinden soll, ist bei Staack nicht gut aufgehoben. Das Feld, aus dem er die Elemente für seine engagierte Polit-Graphic schöpft, liegt gerade dort, wo Kunst am wenigsten erwartet wird: an den Werbesäulen, wo sich die Marktschreier des Systems breitmachen, in den Boulevardzeitungen, wo dem Volk Gemeinplätze vor den Kopf genagelt werden. Deren Werbeslogans und Schlagzeilen greift er auf, ironisiert und verfremdet sie mittels Montage und anderer Techniken und hofft so beim vorerst irritierten Betrachter seiner Plakate, Postkarten, Aufkleber, Flugblätter einen Lernprozess auslösen zu können.

Ein andermal griff er die Schlagzeile in einem Boulevardblatt «Entmann alle Wüstlinge» auf, um sie für den Wahlkampf pro SPD zu verwenden. Dieselbe Forderung prangte nun auf einem Plakat mit einem grinsenden Franz Josef Strauss in Metzgermontur, die Messer wetzend. Dazu die Aufforderung: «Wählt christlich!» In den Wahlkampf 1972 schaltete er sich mit weiteren Plakaten und Flugblättern ein, die in Zusammenarbeit mit SP-Wählerinitiativen und Jusos in Hunderttausenden von Exemplaren vertrieben wurden. Darin wurden so irritierende Slogans wie «Deutsche Arbeiter: Die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen», oder die CDU enttarnende wie «Die Reichen müssen noch reicher werden - Wählt christdemokratisch!» verbreitet.

Zum Beispiel: Den Rummel anlässlich der offiziellen Eröffnungswoche des Dürer-Jahres in Nürnberg nahm Staack zum Anlass einer Plakataktion in der ganzen Stadt. Der verdutzten Bevölkerung begegnete an den Werbesäulen eine Reproduktion von Dürers «Muttern», montiert mit der Frage in grossen Lettern: «Würden Sie dieser Frau ein Zimmer vermieten?» Das Echo war über Erwarten gross. Täglich riefen etwa zweihundert Personen bei der (ratlosen) Stadtverwaltung an, um sich nach der Bedeutung dieses Plakates zu erkundigen.

Das vorliegende Buch dokumentiert das bisherige Schaffen des Anwaltes, Politikers, Künstlers und Galeristen Klaus Staack. Es werden aber nicht nur die fertigen Produkte seiner Arbeit vorgestellt, sondern auch die Produktionsweise und die Resonanz seiner Plakate. In einem Gespräch wendet sich Staack dagegen, dass man ihn zu einer beliebig konsumierbaren «Protestmarke» («Hofnarr vom Diensth») hochstilisiert und dadurch neutralisiert. Er möchte unberechenbar bleiben, das tun, was seine politischen Gegner am wenigsten von ihm erwarten. Daneben will er dazu beitragen, dass die elitäre Rollenverteilung «Künstler-Publikum» endenziell aufgehoben wird. Politisch interessierten Personen und Gruppen gibt er Anleitungen und Anregungen, wie sie sich selbst in Plakaten und Flugblättern artikulieren können.

Diese Aktion wurde schliesslich auch in der Presse aufgegriffen, so dass Staack sein Ziel erreicht haben dürfte: «Ich will die Dürer-Bildnisse aktualisieren und den Meister aufpolieren und verständlich machen. Und mit solchen Arbeiten sehe ich die einzige Chance, die Leute zu packen. Die Frau würde

Ueli Mülli

«Eine Theorie der Gesellschaft, die ...»

Geschichte, wo sie über blossen Faktentapferlei hinausgeht, ist die Frage nach den Triebkräften des historischen Prozesses und ihrer Analyse. Vieles hat im Verlauf der Entwicklung der Geschichtsphilosophie und -wissenschaft herhalten müssen als Triebfäden der Geschichte von grossen Führerpersönlichkeiten über Gott bis zu abstrakten Prinzipien, die sich in verschiedenen Stufen der Konkretisierung oder in dauernder Kreisbewegung verwickeln. Die Auswahl dieser geschichtlichen Beweggründe fiel allerdings nicht einfach vom Himmel oder entsprang spontan und zufällig irgendwelchen klugen Köpfen genialer Geschichtsphilosophen; vielmehr entwickelte sie sich entsprechend den Interessen der jeweils herrschenden Klasse, denn: «Die herrschenden Gedanken sind nichts weiter als der ideale Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die eben die Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft» (Marx).

Es ist allerdings auch nicht einfach eine Frage der richtigen Gesinnung, der expliziten Parteilichkeit zugunsten der Arbeiterklasse, die dem Historiker eine den Interessen der Arbeiterklasse adäquate Theorie der Geschichte garantiert. Ein solcher «parteilicher» Historiker «betrachtet den geschichtlichen Ablauf vom Standpunkt der unterdrückten Klasse, indem er sich mit

«Eine Theorie der Gesellschaft, die die Tendenzen der Entwicklung aus den Bewegungsformen dieser Gesellschaft, dem Produktions- und Reproduktionsprozess, nicht nachzuvollziehen vermag, ist auch nicht in der Lage, eine konkrete Taktik der Revolutionäre aufzustellen.»

(Fortsetzung von Seite 6)

- teresses gerückt ist. Der Aufbau der Arbeit.
- Systematische Darstellung der betriebspädagogischen Ansätze und Fragestellungen.
- Analyse der möglichen Beziehungen zwischen dem Entscheidungs- und Er-

scheidungstheoretischen Ansätzen in der Erziehungswissenschaft im allgemeinen und in der Betriebspädagogik im besonderen.

- Analyse des erziehungswissenschaftlichen bzw. erzieherischen Interesses an der Verbesserung menschlicher Entscheidungsfähigkeiten.

● Systematische Darstellung entscheidungstheoretischer Ansätze als Voraussetzung für eine Überprüfung der thematischen Ausgangsfrage.

*Müller K. R., «Entscheidungsorientierte Betriebspädagogik», München/Basel 1973, Uni-Taschenbücher 276

tungsmöglichkeiten und -versuche in allen relevanten gesellschaftlichen Strukturen werden sie zu Faktoren einer neuen Qualität des sozialen Lebens: gerichtet auf eine Gesellschaft ohne Herrschaft. Sie werden zu Elementen einer neuen Strategie für reale Demokratie, für einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht.

★ Vilmar F., «Strategien der Demokratisierung - Band II: Modelle und Kämpfe der Praxis», Sammlung Luchterhand 115, Neuwied 1973.

UTB

ziehungsphänomenen. Hier geht es vor allem um drei Schwerpunkte:
– Überprüfung der Möglichkeit, ob das Erziehen als Ausfluss menschlicher Entscheidungen begriffen werden kann.
– Bestimmung des Stellenwerts des Entscheidungsphänomens und des ent-

Strategien der Demokratisierung*

-Rb. Nach den Intentionen des Autors verfolgt die Arbeit einen doppelten Zweck: Sie ist einerseits eine «pilot study» zur Theorie einer Gesellschaftstransformation durch die Strategie universaler Demokratisierung; sie ist andererseits eine exemplarische, gesellschaftsverändernde Praxis dienende Dokumentation konkreter theoretischer und praktischer Modelle der Demokratisierung aller wichtigen gesellschaftlichen Teilbereiche. Weiterhin unbe-

kannt oder schwer zugänglich, erscheinen diese Modelle in ihrer Isoliertheit

Sammlung Luchterhand

ohnmächtig. Als Ensemble demokratischer, damit menschenwürdiger Gestal-

Wer im März muss verzichten, schlemt im Sommer mitnichten.

«konzept» wird Sie dieses Jahr auch im März mit fundierter Information und kritischen Kommentaren versorgen. Sorgen Sie vor: Bestellen Sie das März-«konzept» schon heute mit dem Talon in dieser Nummer.

An die Stelle der aussichtslosen und dogmatischen Ein-Front-Strategie Arbeit kontra Kapital hat nach Vilmar die Viel-Fronten-Strategie der Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu treten. Diese Wendung von der unifrontalen zur multifrontalen Transformationspraxis betrachtet Vilmar als eine die revolutionäre gesellschaftspolitische Wende unserer Zeit.

*Vilmar F., «Strategien der Demokratisierung - Band I: Theorie der Praxis», Sammlung Luchterhand 53, Neuwied 1973.

Soziologe Walter Rüegg organisiert Lobby für «intakte» Hochschulen

Ruhe-und-Ordnungs-Hüter im Hintergrund

Die Cinceras, Trumpf-Buur-Eibels, Ost-Institut-Sagers und was der Heer und Haus und Schweizerischen Aufklärungsdienste mehr sind, können aufatmen. Ab sofort dürfen sie mit der aktiven Schützenhilfe des Berner Soziologen Walter Heinrich Rüegg rechnen, der in der Schweiz eine Parallelorganisation zum deutschen «Bund Freiheit der Wissenschaft» aufziehen will, um Ruhe und Ordnung und handfeste Professorenprivilegien an den Hochschulen vor dem Zugriff allzu voreiliger Reformmeister zu schützen. Rüegg kann sich dabei auf eine langjährige Erfahrung im Führen von Intrigen und Organisieren von Lobbys berufen.

Einen kürzlich vor dem Rotary-Club Bern gehaltenen Vortrag über die «Lehren aus der deutschen Hochschulkrise» schloss Rotarier Rüegg mit der Mahnung: «Gegen organisierte politische Aktionen ist nur organisierter Widerstand erfolgreich.» Wie solcher Widerstand aussehen hätte, präzisiert Rüegg einige Zeilen weiter: «In der Bundesrepublik haben sich Hochschullehrer und Bürger aller auf dem Verfassungsboden stehenden Richtungen zu spät zusammengeschlossen, als dass sie verhindern konnten, dass das Unheil ausbrach. Aber wenn sich nun langsam das Blatt zu wenden beginnt, so ist dies weitgehend das Verdienst des Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW).» Rüegg war, solange er noch in Frankfurt dozierte, Gründerpräsident des am 18. November 1970 gegründeten Bundes, den in seiner Anfangsphase vor allem «die Kontakte mit den bildungspolitischen Repräsentanten der Bundestagsparteien und mit dem wirtschaftlichen Spitzenverbänden als die einzig politisch wirksame Gegensechaft der totalitären, zurzeit linksradikal orientierte Unterwanderung der deutschen Hochschulen profiliert» haben (Rüegg). Dem Bund gehören nebst unzähligen anderen durch die Hochschulreform aufgeschreckten konservativen Professoren insbesondere auch der in Zürich dozierende Konservatismusprediger Hermann Lübke (als Gründungs- und Vorstandsvorsitzender) sowie der in Frankfurt auf einem wackligen Stuhl sitzende Adorno-Nachfolger Horst Baier an.

dass Sie den Beginn meiner hiesigen Tätigkeit so verständnisvoll unterstützen haben

— zum anderen in der Hoffnung, dass dieser Bericht mein Misstrauen gegenüber linksradikalen Schwärmern auch bei denjenigen Kollegen verständlich macht, welche sich darüber wundern, dass ein Liberaler hochschulpolitisch zur Zeit zur grössten Vorsicht rät, weil ihn hiesige Vorkommnisse — bei allen Unterschieden einer direkten Demokratie — an die deutsche Situation von 1967/68 erinnern

— und endlich mit der Bitte, mir auch im kommenden Semester zu helfen, durch ein sachgerechtes Feinprofil und eine zweckdienliche Besetzung des soziologischen Extraordinates die Verhältnisse in unserem soziologischen Institut so zu sanieren, dass Frankfurter Zustände nie eintreten können.

Zweckdienlich besetzt sähe Rüegg den Lehrstuhl mit seinem Busenfreund Viggo Graf von Blücher, bisher Leiter eines Marktforschungsinstitutes und u. a. Verfasser einer Untersuchung über die Jugend und die Blumen. Von Blücher hat in Bern schon einmal einen Vortrag gehalten. Bisher hat er sich im Hinblick auf seine Wahl nur einen einzigen Fehler zuzuschulden kommen lassen: Er hat die Äusserung gewagt, in der Literatur der DDR gebe es Lesenswertes, womit er die konservativen Berner Professoren aufgeschreckt hat. Dies hat allerdings nicht verhindert, dass er in die engere Wahl gezogen wurde.



Widerstandskämpfer Walter Rüegg Auf der rechten Seite im dunkeln agieren.

kritischen Studenten besucht wurde, lief ihm der Schreck so tief und so schnell in die Knochen, dass er sich nur durch Presseerklärungen zu helfen wusste. Der Fachbereich desavouierte denn auch umgehend seine selbstherrliche Aktion und setzte eine kooperierte Seminarleitung ein. Die konsequente Strategie aller Konservativen — der Diskussion ausweichen und dafür «draussen» um so wilder herumschiessen — gehört auch in Baiers Repertoire.

Leidenschaftlicher Briefeschreiber

Auch die Methode des Briefverschickens beherrscht Rüegg perfekt: Schon als er im Herbst 1971 mit dem Posten des SRG-Generaldirektors liebäugelte, sandte er auf 18 Seiten jedem, von dem er sich Schützenhilfe versprach, seinen Lebenslauf und eine Bibliographie zu, die von seiner Dissertation («Cicero und der Humanismus, formale Untersuchungen über Erasmus und Petrarca») bis zu NZZ-Artikeln («Humanismus und Erotik») ungefähr alles enthielt, was er je geschrieben hatte, und sei es ein SJW-Heft («Ein weisses Metall erobert die Welt») oder ein Beitrag im Volkskalender für die reformierte Schweiz. Einzig in soziologischen Fachzeitschriften — und das ist für seine spätere Berufung nach Bern wichtig — war Rüegg lediglich mit einem Nekrolog vertreten. seinem Brief an die verehrten Kollegen legte Rüegg eine Kopie eines in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (FAZ) vom 20. Juli 1973 erschienenen Artikels des Mediziners und Soziologen Horst Baier bei. Vor dem Titel («Für „rückständige“ Professoren nur ein Gelächter») steht eingearahmt das Signet des Zeitungsausschnittsdienstes vom Bund Freiheit der Wissenschaft: «Der Bund Freiheit der Wissenschaft empfiehlt zur Lektüre». Der Artikel besteht vorwiegend aus einer Polemik gegen den gemässigt-fortschrittlichen hessischen Kultusminister von Friedeburg. Das Pamphlet des sich von für ihn zu schnellen Reformen verdrängt fühlenden Baier ist gespickt mit Ausdrücken wie «Rüpelien der brutalisierten Studenten», «eingeschleuste KP-Agitatoren», «beamtete Klassenkämpfer», «Stolkkommandos des Kommunistischen Studentenverbandes». Baier bedauert, dass «die rück-schrittlichen Lehrer und Hochschullehrer in die Messer der Genossen laufen», ohne sich aufzulehnen, denn: «Schon an seinem Schreibtisch, in seiner Korrespondenz mit den noch normalen (PF) Kollegen oder in den Veröffentlichungen in den noch intakten (PF) Fachzeitschriften und erst recht zu Hause, auf den Reisen zu Kongressen und im Urlaub ist er ja wieder bei sich selbst.» «Haben Demokraten in diesem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (laut Baier eine — o Schreck! — aus der DDR importierte Bezeichnung) noch eine Chance?» fragt Baier abschliessend. «Nach zwei Jahren Erfahrung und nachdrücklicher Gegenwehr» antwortet er mit Bestimmtheit nein.

Unterstützung von Amokschreibern

Baier führt seinen Grabenkrieg an der Frankfurter Universität seit seiner Berufung nach dem Tod Adornos mit denselben Mitteln: Als im WS 71/72 sein Proseminar und sein Seminar von

Baier sähe sich gerne als Nachfolger auf dem Adorno-Lehrstuhl. Dass ihm dazu so ziemlich alles fehlt, was jenem eigen war, ist hier nur von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend ist etwas anderes: Als es nämlich offensichtlich wurde, aus welcher Ecke Baier kommt, distanzieren sich immer mehr Dozenten, Assistenten und Studenten von ihm. Seine Diskussionsfähigkeiten, sein Festhalten an alter Ordentlichkeit, sein Festhalten an alter Ordentlichkeit und seine eher umstrittene fachliche Kompetenz führten ihn in eine ähnliche Isolation wie seinen Mitstreiter Rüegg, der sich mittlerweile der anspruchsvollen und heissen Auseinandersetzung entzogen hat. Baier kämpft vorerst noch weiter, und viel Waren je rüder Umgangston und grobschlächtige Sprachschandhandlung Zeichen arroganter Autorität und mangelnder Kompetenz, dann hier. Je kleiner die Zahl seiner Hörer wird, desto mehr haut er auf die Pauke wie im erwähnten FAZ-Artikel. Diese Zeitung bat sich ihm aus durchsichtigen Gründen an: Baiers Schreibe ist Teil einer grossangelegten Kampagne von ZDF-Löwenthal, Springer-Press und CDU mit Rechtsanhang gegen den gemässigt fortschrittlichen Kultusminister in Hessen.

Zurück zu Mist und Gülle

Doch zurück zu Rüegg. Er, der Pfadfinder-Feldmeister bis zum zwanzigsten Lebensjahr, weiland Vizepräsident des Zürcher Freisinns (bis 1961), 1956-61 Geschäftsführer von vier schweizerischen und zwei europäischen Alumnivereinen, 1965-1970 Rektor der Universität Frankfurt und dank seinem unkonzierten Verhalten Buhmann der radikalen Studenten, ist also zurückgekehrt in Schweizer Gauen, um den Widerstand zu organisieren. «Aber ich bin nicht heimgekehrt, weil der Geruch von Kuhmist und Gülle angenehmer und harmloser ist als der Smog der deutschen Universität», verkündet der verlorene Sohn einleitend zu seinem Rotarier-Referat. «Heute hat es an der Universität Bern einen sogenannten Streik gegeben, und mit dem systematischen Boykott, der Behinderung von Vorlesungen, haben die linksradikalen Studenten und Assistenten vor fünf Jahren in Westdeutschland und Berlin ihre politischen Aktionen zur Durchsetzung von Hochschulgesetzen begonnen, welche ihnen jetzt erlauben, auf legale Weise die geistige Unterminierung der demokratischen Institutionen vom Freiraum der Hochschule aus zu betreiben.» Beziehe man die schweizerische Situation von 1973 auf die deutsche

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19
8006 Zürich 01.47.99.85

NEU IM VERLAG

ETH ZÜRICH
PHILOSOPHISCHE UND
STAATSWISSENSCHAFTLICHE
UNTERABTEILUNG

12.1

SCIENTIFIC AND TECHNICAL
ENGLISH
DR. JAROSLAV VACLAVIK

Publikations-Nr. 12.1
512 Seiten / Format A 4 / Gebunden
Studentenpreis: 23.—
Erschienen in PUBLILA, SAB und
im Buchhandel (24.50)

von 1967, so zeigten sich allzu viele Parallelen, als dass man beruhigt zur Tagesordnung übergehen könnte. Rüegg hofft, «dass die Behörden fest bleiben gegenüber dem politischen Druck der offiziellen Studentenschaft und der Notwendigkeit ahnungsloser Professoren». Nicht gerade zurückhaltend mutet Rüeggs Äusserung über die Haltung seiner Kollegen an. Unbeirrt geht er indessen seiner Mission nach, einen Schweizer BFW aufzuziehen: «Auch in der Schweiz könnte eine ähnliche Sammlung von Männern und Frauen innerhalb und ausserhalb der Hochschulen verhindern, dass die Universitäten zu Brutstätten der Revolution werden.» Es gelte, der Neuen Linken ein differenziertes Gesellschaftsbild entgegenzusetzen, das der Jugend eine sinnvolle Zukunft eröffne: «Solches zu versuchen ist die wichtigste Aufgabe einer richtig verstandenen Soziologie — diese Lehre hat mich persönlich veranlasst, die deutsche Hochschulpolitik zu verlassen und an der Universität Bern zu lehren.» Der Dank der Konservativen vom Dienst ist Rüegg gesichert: Sie haben ihm bereits in überzeugender Form Ausdruck gegeben, indem sie ihm kürzlich zum neuen Präsidenten der Gesellschaft Schweizer Akademiker wählten. Pierre Freimüller

Meister der Kabale

Nun will also der sendungsbewusste Rüegg auch an der Uni Bern und an den anderen Schweizer Hochschulen «die Freiheit der Wissenschaft gegen die kommunistische Unterwanderung verteidigen». Für ihn wahrhaftig nichts Neues. Denn schon als er, damals noch Privatdozent an der Uni Zürich und Titularprofessor an der Uni Zürich, den Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Frankfurt a. M. annahm, betonte er, dass er «gerade wegen dieser Gefahr nach Frankfurt ginge, in der Absicht, meinen Freunden im Kampf gegen die Bedrohung unserer freiheitlichen Ordnung beizustehen, und dieser Kampf sei auch in unserem Interesse notwendig, weil wir um die Schweiz nicht einfach einen Vorhang aufziehen können». Wenn es darum ging, seinen Einfluss geltend zu machen, zog er ihn jedenfalls nicht auf: Sogar von Deutschland aus schützte er die «Freiheit der Wissenschaft» — auf seine Weise — in Zürich: als 1969 der laut Professor Marcel Beck («sehr liberale») Kandidat von Krockow für die Wiederbesetzung des verwaisten Lehrstuhls für Staatsphilosophie im Gespräch war, beschwor der «Meister der Kabale» (Beck über Rüegg) Kreditanstalt-Generaldirektor Reinhardt telephonisch, doch ja alles zu unternehmen, um die Berufung von Krockows zu verhindern. Reinhardt machte sich dann auch zum Anwalt Rüeggs beim damaligen Zürcher Erziehungsdirektor König. Mit welchem Erfolg, weiss man inzwischen: Heute sitzt Rüegg-Freund Herrmann Lübke auf dem Lehrstuhl für Staatsphilosophie.

«Zweckdienliche Besetzung»

Mit der Berufung von Freunden will Rüegg auch seine in Bern nicht unumstrittene Stellung verbessern. Deshalb verschickte er kurz vor Anfang des Wintersemesters 1973/74 seinen Berner Kollegen folgende persönliche Epistel: «Ich erlaube mir, Ihnen als kleine Ferienlektüre einen Bericht meines Kollegen Horst Baier über die Frankfurter Soziologie zu übersenden, — einmal um Ihnen dafür zu danken,

Seite 44*

oder weil grosse Reisepläne früher entstehen, als das SSR-Sommerprogramm erscheint: Hier eine Vorschau von dieser Programmseite:

Südamerikaflüge

Brüssel-Lima: 6., 7. und 31. Juli 1974
Lima-Brüssel: 30. Juli, 28. August, 1. September 1974
Barranquilla-Brüssel: 5. September 1974
Preis Fr. 1600.— retour (kein One-way-Flug möglich)

Teilnahmeberechtigung: Jedermann von 18 bis 35 Jahren.

Nordamerikaflüge

Zürich-New York: 8., 15., 22. und 30. Juli 1974
New York-Zürich: 11. und 30. August, 20. September, 3. Oktober 1974

Preis: Fr. 820.— retour, Fr. 530.— einfach

Teilnahmeberechtigung: Studenten, Mittel- und Ganztagesgeschüler.

* Die Seiten 1-88 erscheinen als Sommer-/Herbstprogramm Ende Februar.



SSR
Schweizerischer Studentenreisendienst

Basel, Bern, Genève, Lausanne, Lyon, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich

Abonnieren Sie «konzept», die Zeitung, bei der die Information nicht an der Oberfläche bleibt. Jeden Monat eingehende Berichte, fundierte Analysen und kritische Kommentare

● zu brisanten innenpolitischen Themen

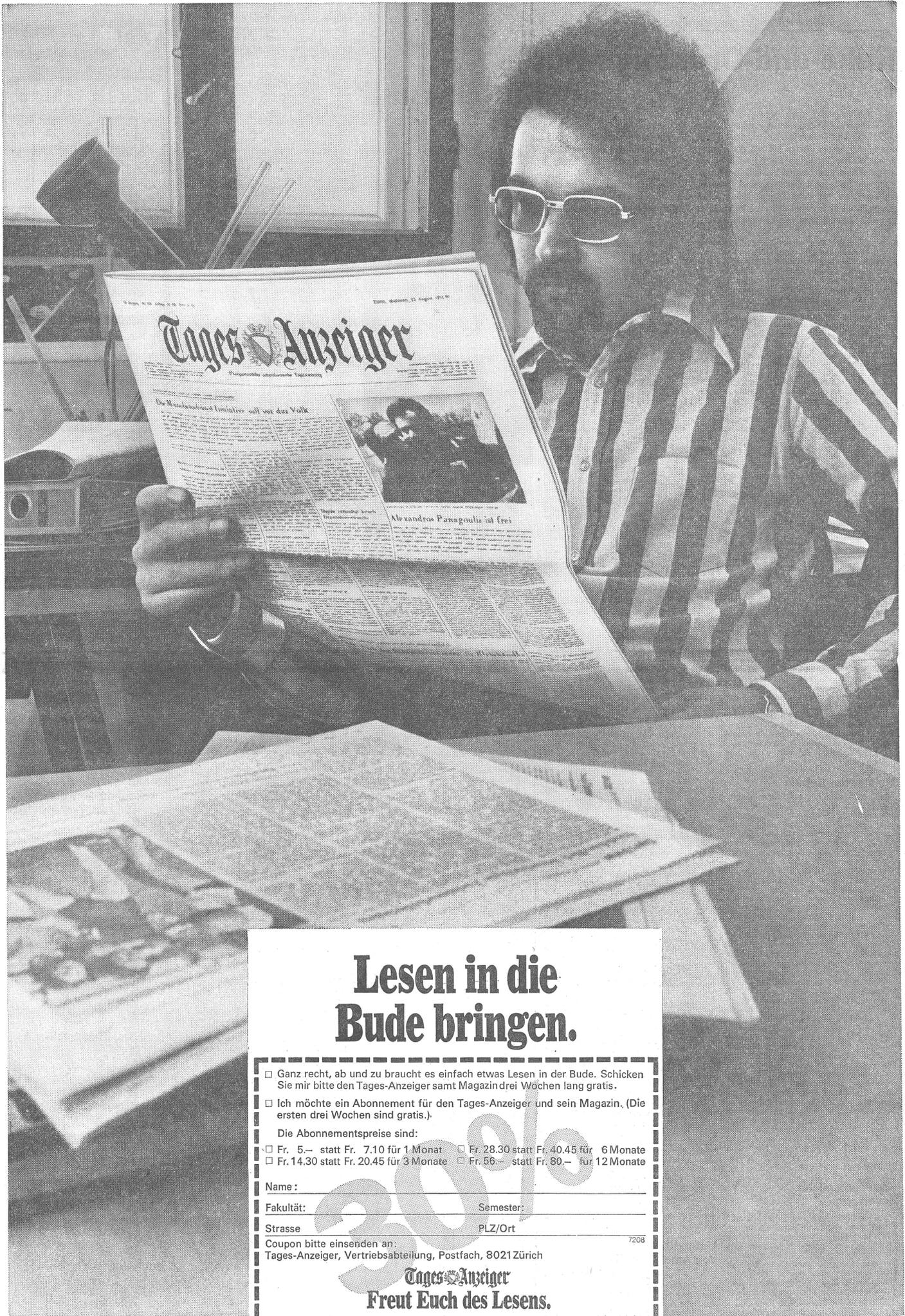
● zur internen Entwicklung anderer Staaten

● zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Problemen

● zu Kulturfragen Ständige Mitarbeiter: Roman Brodmann, Walter Mathias Diggelmann, Beat Kappeler, Niklaus Metenberger.

«konzept», die Zeitung für kritische Leser, die engagierter Auseinandersetzungen nicht scheuen. In jeder Nummer viele freizügige Kontaktansätze.

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—, Abonnement laufen jeweils von Januar bis Dezember. Die nächsten 9 Nummern (bis Dezember 1974) Fr. 10.— (Ausland Fr. 12.). Für Bestellungen Name und Adresse auf Postkarte einsenden an «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.



Lesen in die Bude bringen.

- Ganz recht, ab und zu braucht es einfach etwas Lesen in der Bude. Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger samt Magazin drei Wochen lang gratis.
- Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.)

Die Abonnementspreise sind:

- Fr. 5.- statt Fr. 7.10 für 1 Monat
- Fr. 28.30 statt Fr. 40.45 für 6 Monate
- Fr. 14.30 statt Fr. 20.45 für 3 Monate
- Fr. 56.- statt Fr. 80.- für 12 Monate

Name: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Coupon bitte einsenden an:

Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

7208

Tages-Anzeiger
Freut Euch des Lesens.